

REZENSIONEN

Dagmar Herzog: Lust und Verwundbarkeit. Zur Zeitgeschichte der Sexualität in Europa und den USA, Göttingen: Wallstein 2018, 283 S., ISBN: 978-3-8353-3204-1.

Was war die sexuelle Revolution? Welche Zusammenhänge gibt es zwischen der Geschichte der Sexualität, der Vergangenheitsbewältigung und den Rechten von Menschen mit Behinderungen? Diesen Fragen geht der Aufsatzband „Lust und Verwundbarkeit: Zur Zeitgeschichte der Sexualität in Europa und den USA“ der New Yorker Historikerin Dagmar Herzog nach.

Der Band besteht aus Wiederveröffentlichungen von sieben Aufsätzen zur Geschichte der Sexualität und der Psychoanalyse, die ursprünglich zwischen 2005 und 2016 als Zeitschriften- oder Sammelbandaufsätze erschienen sind. Die Aufsätze sind teilweise auf deutsch, teilweise auf englisch verfasst. Sie beruhen auf Herzogs Monografien „Cold War Freud. Psychoanalysis in the Age of Catastrophes“ (2017) und „Sexuality in Europe. A Twentieth Century History“ (2011). Abgerundet wird der Band, der aus Anlass von Dagmar Herzogs Gastaufenthalt am Center Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Jena veröffentlicht wurde, mit einem lesenswerten biografischen Interview und einem Nachwort des Jenaer Historikers Norbert Frei.

Die ersten Aufsätze befassen sich mit der Geschichte der Sexualität in Westeuropa im Zeitraum von 1945 bis 1990. Die Folgenden konzentrieren sich auf die Entwicklung der Psychoanalyse in den USA, sowie auf deren Adaption in der Bundesrepublik Deutschland. Ziel des Aufsatzbandes ist es, so der Klappentext, zu fragen, was die Geschichte der Sexualität zum besseren Verständnis der europäischen Zeitgeschichte beitragen kann. Das Ergebnis ist vielschichtig. So gehen die Aufsätze den Fragen nach, wie die Geschichte der Sexualität und die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik Deutschland miteinander verknüpft sind, wie Debatten um die Legalisierung der Abtreibung mit Behindertenrechten und christlichem Glauben zusammenhängen, was die eigentliche sexuelle Revolution war und wie ein Unbehagen über die Kommerzialisierung der Sexualität zu einem Rückschritt der Freizügigkeit führen konnte. Auch untersucht Herzog, in welchem Verhältnis der Aufstieg der Psychoanalyse und das Christentum in den USA zueinanderstehen, wie in der amerikanischen Psychoanalyse Homosexualität diskutiert wurde und wie amerikanische Expertise von marxistischen Sexualwissenschaftlern in der Bundesrepublik neu gedeutet wurde. Die Analysen reichen von der direkten Nachkriegszeit bis in die Gegenwart. Der geografische Fokus der Mehrzahl der Beiträge liegt auf der Bundesrepublik Deutschland und weiteren westeuropäischen Nationen. Gelegentlich werden Vergleiche mit der DDR und Osteuropa unternommen. Zwei Aufsätze konzentrieren sich auf die USA.

Der Band stellt eine Reihe an grundlegenden Thesen auf, die in den einzelnen Aufsätzen immer wieder auftauchen. Die erste These lautet, dass sich die Debatten um Sexualität und Moral in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 immer auch auf den Nationalsozialismus bezogen und damit integraler Bestandteil der deutschen Vergangenheitsbewältigung wurden. Der erste Aufsatz „Sexuality, Memory, Morality“ diskutiert zunächst den ambivalenten Umgang mit Sexualität im Nationalsozialismus, der darin bestand, dass unerwünschte Sexualität (etwa männliche Homosexualität, Sexualität von Menschen mit Behinderungen oder Ehen zwischen Juden/Jüdinnen und Nichtjüdinnen/Nichtjuden) hart sanktioniert wur-

de, aber gleichzeitig heteronormative Sexualität auch außerhalb der Ehe ermutigt wurde. Christliche und konservative Kräfte konzentrierten sich zunächst auf eine Kritik an dem sexualitätsfördernden Element des Nationalsozialismus, um sich so von dem NS-Staat abzugrenzen und ihre eigene Unterstützung in den Anfangsjahren des Regimes zu verschleiern. Dies führte zu einer strikten Sexualmoral in der frühen Bundesrepublik, die sich unter anderem in dem Jugendschutzgesetz und in keuscher Ratgeberliteratur ausdrückte. Im Jahre 1963 übte eine Reihe namhafter Intellektueller, unter ihnen Theodor W. Adorno und Wolfgang Hochheimer, Kritik an dem ersten Entwurf der Strafrechtsreform, in dem der § 175 zum Verbot homosexueller Handlungen beibehalten und der § 218 zum Schwangerschaftsabbruch nur geringfügig verändert werden sollte. Sie vertraten die These, das repressive Element der nationalsozialistischen Sexualpolitik habe zur Verrohung der Gesellschaft und letztendlich zum Massenmord an den Juden geführt. Diese Interpretation wurde von populären Zeitschriften, Schülerzeitungen und der Studentenbewegung um 1968 dankend aufgenommen und verbreitete sich auch über diese Milieus hinaus, so dass um 1970 die Mehrheit der deutschen Gesellschaft (fälschlicherweise, so Herzog) annahm, die Unterdrückung sexueller Freiheiten habe zu Faschismus und Massenmord geführt. So konnte laut Herzog eine fiktive Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus die Bedingungen für sozialen Wandel und die Abschaffung des § 175 und die Reform von § 218 schaffen.

Die zweite zentrale These besagt, dass der widersprüchliche Umgang mit Behinderung innerhalb linker und liberaler Milieus zum Einfallstor christlich-konservativer Abtreibungsgegnerinnen und -gegner wurde, die sich selbst als Verteidiger der Rechte von Menschen mit Behinderungen präsentieren konnten. Der Aufsatz „Abtreibung, Behinderung, Christentum“ erläutert, dass der Umgang der neuen sozialen Bewegungen der 1960er Jahre mit Menschen mit Behinderung ambivalent war und Abtreibungsgegnerinnen und -gegner diese Schwachstelle ausnutzten, um Behinderten- und Frauenrechte gegeneinander auszuspielen. So hielten in den 1960er Jahren sowohl Gegnerinnen und Gegner als auch Befürworterinnen und Befürworter der legalen Abtreibung das Leben mit Kindern mit Behinderungen für eine Zumutung. Da es für Befürworterinnen und Befürworter der Legalisierung zu diesem Zeitpunkt noch nicht sagbar war, sich für das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frau einzusetzen, stützten sie sich auf eine Reihe pragmatischer und eugenischer Argumente. Im laizistischen Frankreich begannen Abtreibungsgegnerinnen und -gegner schon um 1968, Abtreibung nicht nur mit dem Holocaust, sondern auch dem Behindertenmord im Nationalsozialismus zu vergleichen. Seit Historikerinnen und Historiker in den 1980er Jahren die Beteiligung der medizinischen Profession an der nationalsozialistischen Eugenik und Euthanasie und deren rassistische Grundlage aufdeckten, stimmten auch linke Parteien dafür, den Zugang zu Pränataldiagnostik und zur legalen Abtreibung zum Schutze von Behindertenrechten einzugrenzen. Auch in Osteuropa, vor allem in Polen und Ungarn, behaupten Abtreibungsgegnerinnen und -gegner heute weiterhin, Behindertenrechte auf diese Weise stärken zu wollen, sodass die Debatte bis in die Gegenwart hineinwirkt. Jedoch sind, so Herzog, tatsächlich die Rechte von Menschen mit Behinderungen in den Ländern am besten geschützt, in denen es die liberalsten Einstellungen zur Pränataldiagnostik gibt, da eine hohe Anzahl von Menschen mit Behinderungen in einer Gesellschaft nicht automatisch bedeutet, dass sie auch mehr Rechte haben.

Als dritte zentrale These argumentiert Herzog, dass die Popularisierung der Psychoanalyse in den USA nach 1945 auf einem Kompromiss mit den christlichen Autoritäten

beruhte, die progressiven sexuellen Elemente der Psychoanalyse auszusparen. Im Gegensatz dazu wurde im Europa der 1960er und 1970er Jahre die Ausbreitung der Psychoanalyse von progressiven Analytikerinnen und Analytikern vorangetrieben, so dass sie ihre liberalisierende Kraft entfalten konnte. Der Aufsatz „Freud's Cold War“ geht den Verflechtungen zwischen Psychoanalyse und Religion in den USA nach und legt dar, wie die Psychoanalyse zunächst aufgrund ihrer sexuellen Elemente vor allem von katholischen Würdenträgern abgelehnt wurde, aber es auch Interesse unter katholischen Geistlichen gab, therapeutische Praktiken in ihre Seelsorge miteinzubeziehen. Zeitgleich gab es unter Psychoanalytikerinnen und -analytikern einen Richtungsstreit darüber, ob der Sexualtrieb Grundlage aller Verhaltensweisen sei, oder nichtsexuelle Ereignisse ursächlich für sexuelle Veranlagungen seien. In diesem Kontext begannen die amerikanischen protestantischen Psychoanalytiker Karl und William Menninger, die in der Veteranenversorgung tätig waren, eine Psychoanalyse zu fördern, die sich nicht auf den Sexualtrieb konzentrierte und so auch die Anerkennung der katholischen Kirche erhielt. Dieser Ansatz, so legt Herzog es in dem Aufsatz „Von Ödipus zu Narziss“ dar, führte jedoch zu einer Pathologisierung der Homosexualität, da von nun an jegliche Form der Sexualität, die nicht mit heteroerotischer Liebe einherging, als Ausdruck einer Neurose gedeutet und, ähnlich wie Narzissmus, als Resultat einer Bindungsstörung in der frühen Kindheit angesehen wurde.

Erst mit dem Aufkommen der sexuellen Revolution der 1960er Jahre, die Herzog an einer Kombination aus der Verfügbarkeit sicherer Verhütungsmittel, legaler Pornografie und einem Wandel des öffentlichen Sprechens über Sex in den Jahren 1964 bis 1968 festmacht, glichen sich hetero- und homosexuelle Paarbeziehungen an. Da für heterosexuelle Paare die Angst vor Schwangerschaft verschwand, hatten sie vermehrt sexuelle Beziehungen und anonymen Sex außerhalb der Ehe. Auch integrierten sie Sexualpraktiken wie Oral- und Analverkehr in ihr Liebesspiel. Diese Erfahrungen brachten Sexualwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler auf beiden Seiten des Atlantiks dazu, die Annahmen zur Homosexualität und zum Wesen des sexuellen Verlangens im Allgemeinen zu hinterfragen. Sexuelle Erregung an sich erfuhr so eine Umdeutung und wurde nicht mehr als biologischer Trieb, sondern als emotionales Phänomen verstanden. Mit dieser Umdeutung ging auch die Streichung der Homosexualität aus dem Diagnosekatalog der amerikanischen Psychologischen Gesellschaft und, so Herzog, die Ausdehnung von LGBTQ-Rechten in den USA und Westeuropa einher, jedoch nicht in Osteuropa.

Herzogs Analyse der Geschichte der Sexualität durch die Linse der Psychoanalyse zeigt zum einen, dass die Periodisierung von Phasen der Liberalisierung und konservativen Rückschritten in den USA, Ost- und Westeuropa unterschiedlichen Rhythmen folgt. Auch demonstriert ihr Ansatz, wie man in einer Geschichte der Sexualität gleichgeschlechtliche Liebe zentral behandeln kann, ohne sich auf die Geschichte männlicher homosexueller Aktivisten zu beschränken, sondern wie man daraus Erkenntnisse über das zeitgenössische zum Verständnis von Sexualität und Paarbeziehungen allgemein ableiten und in eine Geschichte der Emotion integrieren kann. Das zeigt, dass die Beschäftigung mit der Geschichte der Homosexualität nicht allein eine identitätspolitische Maßnahme ist, sondern grundlegend für das Verständnis von Sexualität in unterschiedlichen Epochen und deren Wandel beiträgt. Der Aufsatzband beweist damit, dass Sexualität zentral ist, um die großen Paradigmen der Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhunderts zu verfeinern: die Ausbreitung der Konsumgesellschaft, das Liberalisierungs- und das Säkularisierungsparadigma und die Ver-

gangenheitsbewältigung. Der Ansatz hilft, Brüche in einem linearen Liberalisierungsnarrativ zu identifizieren und deren Rückschritte zu erklären.

Der Aufsatzband stellt einen wichtigen Beitrag nicht nur zur Geschichte der Sexualität, sondern zur transnationalen Gesellschaftsgeschichte in Europa und den USA dar. Kleine Minuspunkte sind, dass man als Leser eine Einleitung vermisst, die die wichtigsten Ziele und Fragestellungen skizziert und die Auswahl der Aufsätze erklärt. Auch wäre es hilfreich gewesen, die Aufsätze schon in der Überschrift zu datieren, da sie sich auf aktuelle Ereignisse aus den Jahren 2010 bis 2016 beziehen. Inhaltlich hätte man sich in den ersten Aufsätzen zur Geschichte der Sexualität in Europa noch mehr Verweise auf Entwicklungen in den USA gewünscht, etwa wie die amerikanische Antiabtreibungsbewegung transnational agierte und Einfluss in Europa erlangte. Im zweiten Teil des Bandes stellt sich die Frage, inwiefern die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehen in den meisten Ländern Westeuropas und den USA eine weitere Annäherung zwischen hetero- und homosexuellen Paarbeziehungen darstellte, aber gleichzeitig auch eine Übernahme konservativer heterosexueller Partnerschaftsnormen durch LGBTQ Communities. Dies sind aber nur kleinere Gesichtspunkte, die zeigen, dass die Sexualitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts bei Weitem nicht ausgeforscht ist.

Der Band bietet einen zentralen Überblick über Thesen aus Dagmar Herzogs beeindruckendem Forschungswerk, der überzeugend darlegt, dass die Geschichte der Sexualität nicht nur maßgeblich für ein besseres Verständnis der kontroversen Debatten der Gegenwart ist. Er zeigt auch, dass die Beschäftigung mit der Geschichte der Rechte von Homosexuellen, Frauen oder Menschen mit Behinderungen kein Nischenthema ist, sondern zentral für das Verständnis der großen Paradigmen der Zeitgeschichte. Daher sei dieser Band allen wärmstens empfohlen, die sich für die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse im 20. Jahrhundert und deren Implikationen für unsere Gegenwart interessieren.

Claudia Roesch, Washington, DC

Jörg Hackmann, Peter Oliver Loew (Hrsg.): Verflechtungen in Politik, Kultur und Wirtschaft im östlichen Europa. Transnationalität als Forschungsproblem, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2018, 211 S., ISBN: 978-3-447-10991-8.

Konzipiert als Konferenzbericht, gehen die Einzelbeiträge des vorliegenden Bandes auf Vorträge zurück, die auf der gemeinsam mit dem Deutschen Polen-Institut 2012 in Chemnitz abgehaltenen Jahrestagung des Johann Gottfried Herder-Forschungsrats gehalten wurden. Mit Blick auf die Konzepte „Transnationalität“ bzw. „Transkulturalität“ sollten Problemfelder und Forschungsansätze identifiziert werden, die geeignet sind, Konstruktionen geografischer, nationaler oder kultureller „Container“ aus der Perspektive unterschiedlicher Disziplinen aufzubrechen.

In diesem Sinne kritisieren Jörg Hackmann und Peter Oliver Loew in ihrem einleitenden Beitrag zur Forschungsgeschichte und den sich daraus ergebenden Perspektiven die „früheren Auffassungen eines einseitigen Rezeptionsprozesses“ (S. 16) und wenden sich gegen alle Formen einer Hierarchisierung, wie sie sich aus dem immer noch verbreiteten Verständnis kultureller Überlegenheit gegenüber Osteuropa ergeben. Die intensive Beschäftigung mit Verflechtungsgeschichte und dem daraus erwachsenen Konzept der Transnationalität habe

auf andere Disziplinen ausgestrahlt. Dies zu zeigen, ist das Anliegen des von den beiden Herausgebern hier vorgelegten Bandes.

Daran anknüpfend skizzieren Frank Hadler und Matthias Middell das sich daraus ergebende Forschungsfeld in den Geschichtswissenschaften. Zunächst werden die bereits vorhandenen Ansätze zur Überwindung einer national fixierten Geschichtsschreibung analysiert, wobei das Fazit lautet, „dass bisher lediglich Geschichten einzelner Staaten in transnationaler Perspektive vorliegen“ (S. 26). Darüber hinaus gelte es, Formen von Territorialisierung, den Technologie-, Waren- und Kulturtransfer mit den dazu gehörenden Konsumpraktiken sowie Prozesse der Migration und Integration von Regionen und Territorien in die neue Weltordnung mit Hilfe internationaler Organisationen und zivilgesellschaftlicher Netzwerke zu erfassen und zu beschreiben. Verwiesen wird auf den grenzüberschreitenden Austausch von Kapital und Ideen, aber auch von „Krankheitserregern“, was zeige, dass die „Europäisierung Ostmitteleuropas nicht getrennt von der Globalisierung Europas behandelt werden kann“ (S. 37). Damit wird der zeitliche Rahmen, in dem die in Frage stehenden Konzepte sinnvoll anzuwenden seien, auf das späte 18. und vor allem das 19. Jahrhundert eingegrenzt, was implizit auf die Gebundenheit einer transnationalen Betrachtungsweise an die langsame Herausbildung und Konsolidierung von Nationen verweist.

Stefan Garsztecki nimmt diesen Faden auf, indem er auf „globale Politiknetzwerke“ hinweist, deren Ziel es sei, „Vertreter der Nationalstaaten, von Unternehmen und der Zivilgesellschaft an einen Tisch zu bringen und einen ergebnisoffenen Dialog zu starten“ (S. 50). Benannt wird das Spannungsverhältnis zwischen „Global Governance“ einerseits, womit die Internationalisierung von Problemlösungen im Sinne einer Politikverflechtung gemeint ist, und „kosmopolitischer Demokratie“, die nach David Held und Anthony Giddens eine umfassende Demokratisierung und Einbindung der Zivilgesellschaft erfordere. Nach Garszteckis Ansicht ist es lohnend, sich im Bereich der Politikwissenschaften vor allem mit grenzüberschreitenden Strategien in den sogenannten Euroregionen (S. 58) zu befassen.

Theoretisch hochgradig reflektiert verweist Andreas Langenohl auf Probleme des neuen Konzepts, das aus seiner Sicht „in erster Linie ein *zeitdiagnostisches*“ (S. 60, Herv. im Orig.) ist. Er unterscheidet dabei „Transnationalität“ von „Transnationalismus“, weil er im Bereich der Soziologie und Anthropologie die den Nationalcontainer überschreitenden Prozesse von ihrer „normative(n) Seite“ (ebenda) geschieden sehen möchte. Das wird anhand der verschiedenen Modelle (Assimilation vs. Diaspora) illustriert, mit deren Hilfe Migration mit Blick auf Herkunfts- wie Aufnahmeländer untersucht und beschrieben wird. Für die Anthropologie werde das zu einer echten Herausforderung, weil hier die Lokalität als überkommenes Paradigma der Forschung in Frage stehe. Beide Disziplinen könnten jedoch profitieren, wenn sie danach fragen würden, „wie angesichts der Deterritorialisierung des Sozialen Lokalisierungsprozesse neue Formen annehmen“. Freilich seien diese Formen nicht *per se* transnational, weil staatliches Handeln Grenzen setze, die man nicht ohne die „ausgesprochen gebieterische Imagination (Nation)“ (S. 75) begreifen könne. Daher sei es wichtig, jede Euphorie zu vermeiden und überkommene, auf Nation und Staat bezogene Arbeiten nicht pauschal abzuwerten.

Während bisher die Produktivität der neuen Ansätze herausgestellt bzw. nicht grundsätzlich bestritten wurde, sieht Piotr Kocyba für die Sprachwissenschaften keinen Mehrwert, denn Sprachen seien *per se* miteinander verflochten. In der historischen Sprachforschung konkurrierten bis heute das auf August Schleicher zurückgehende und Sprachen voneinander

abgrenzende Stammbaummodell mit dem von Hugo Schuchardt, das Sprachwandel als Ergebnis wechselseitiger Verflechtung und genetischer Verwandtschaft auffasst. Für das Scheitern „terminologische(r) Kompromissvorschläge“ sei bisher der die Debatten „begleitende ideologische Impetus“ verantwortlich, wie am Streit um Kreolsprachen bzw. den Charakter des Ukrainischen als Mischsprache gezeigt wird. Bei der Bewertung und Hierarchisierung von Sprachen trafen sich immer noch „kolonialistische Abwertungs- auf postkoloniale Aufwertungsstrategien“ (S. 91). Von daher sei also Vorsicht geboten, wenn – wie im Falle von Philipp Ther – sprachhistorische Vermischungskonzepte einer „Transnationalisierung“ etwa der „deutschen Geschichtsschreibung“ (S. 93) dienstbar gemacht werden sollen.

Alfred Gall führt aus, dass auch die Literaturwissenschaften wenig vom Konzept Transnationalität profitieren könnten, da hier bestenfalls die „Beobachterperspektive“ (S. 96) in Frage komme. Anders sei das im Falle von Transkulturalität, denn damit könne die „Hybridität jeder Kultur“ aufgezeigt und das „monokulturale Design des Kulturbegriffs“ (S. 97) überschritten werden. Das zeigt Gall am Fallbeispiel des „polnischen Messianismus“, einem Konzept, das von Adam Mickiewicz in Auseinandersetzung mit Hegels abwertender Haltung gegenüber Polen entwickelt wurde. Leider verbleibt Gall jedoch auf der historischen Ebene, womit die wirkungsgeschichtliche Dimension zum Nachteil der hier sehr wohl möglichen theoretischen Verallgemeinerung ausgespart bleibt.

Dagmara Jajeśniak-Quast stellt für die Wirtschaftswissenschaften fest, dass diese in der Wirtschaftsgeschichte zwar transnationale Forschungsfragen bearbeiten, sonst aber Impulse anderer Disziplinen benötigen. Beispiele seien Untersuchungen zu Produktionsfaktoren wie den mit „Humankapital“ verbundenen Standortvor- oder -nachteilen (Demografie, Migration, soziale Bewegungen, Transfer von Ideen und Organisationsformen) bzw. dem „technologischen Wandel“ (S. 118). Freilich werden diese Themenbereiche nur benannt. Die Darstellung von Standardisierungsprozessen in der Agrarwirtschaft bzw. im europäischen Handel mit Agrarprodukten ist aber insofern originell, als hier Langenohls Hinweis aufgenommen und auf die Rolle der Staaten bzw. Blocksysteme im Kalten Krieg hingewiesen wird. Im transnationalen Forschungsansatz sieht Jajeśniak-Quast überdies die künftige Rückkehr der „Politischen Ökonomie“ (S. 130), da diese aus Krisen wie den gegenwärtigen hervorgegangen sei und in der Tat nicht national begrenzt ist. Das wird jedoch nicht weiter ausgeführt.

Für Beata Hock besteht sowohl das Ziel als auch die Produktivität transnational ausgerichteter historischer Denkansätze darin, „einen alternativen Interpretationsrahmen zu schaffen, in dem das westliche, dominante Narrativ nicht den ständigen und ausschließlichen Bezugspunkt darstellt“ (S. 134). Damit grenzt sie die neue Methodik im Bereich der Kunstwissenschaften von der Einflussforschung ab, die ja nationale „Container“ gedanklich voraussetzt. Problematisiert wird auch das Konzept des „Transfers“, denn die Realität zeige nicht nur parallele Entwicklungen – explizit hingewiesen wird auf die von westlichen Vorbildern unabhängige „Stimmungsmalerei“ (S. 145) –, sondern habe auch mit der Kunst von Völkern ohne eigene Staatlichkeit zu rechnen. Sinnvoll sei es deshalb, nach der „transnationalen Kulturgeschichte der Region“ zu fragen, da diese durch „transregionale, translokale und transkulturelle Austauschprozesse“ (S. 138) konstituiert werde. Wichtig ist der Hinweis auf den Kunstmarkt, der, weil er globalen Kapitalbewegungen folge, (nicht nur) die Kunst und Kultur Osteuropas in den Hintergrund dränge. Dabei seien gerade hier nach der politischen Wende Merkmale künstlerischer Eigenständigkeit unübersehbar geworden,

was Hock am Beispiel der *new public art* erläutert, deren künstlerische Formen mit entschieden „politischer Attitüde“ und dem Anspruch aufträten, „die Gesellschaft zu gestalten“ (S. 147). Transkulturelle und transnationale Kunstbetrachtung sei also im Sinne der *post-colonial studies* aufgefordert, das „west-zentrierte Forschungsparadigma“ (S. 150) endlich aufzugeben.

Interessant ist, dass Transnationalität und Transkulturalität auch ein Wissenschaftsgebiet tangieren, das in dieser Hinsicht bisher nicht im Fokus stand. Wojciech Dajczak widmet sich in seinem Beitrag der Vereinheitlichung des Schuldrechts bei der Wiedererstehung des polnischen Staates, da damals verschiedene Rechtstraditionen und Gesetzesvorgaben zusammenzuführen waren. Darin sieht er ein Modell für internationale Aushandlungsprozesse im Bereich des Privat- und Handelsrechts überhaupt, die mit fortschreitender Globalisierung und Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Rechts im Rahmen der EU unabwendbar sind. In diesem Zusammenhang wird allerdings konstatiert, „dass wir kein einfaches Rezept für ein Verständnis von Transnationalität in der Rechtswissenschaft gefunden haben“ (S. 154). Die Gründe dafür lägen vor allem in der nationalen wie kulturellen Verankerung von Rechtsinstitutionen und in den daraus folgenden nationalen Egoismen. Für die Rechtswissenschaft gelte außerdem, dass sie, in dem Bestreben herauszuarbeiten, „was in den Entwicklungstendenzen der einzelnen nationalen Rechtssysteme gemeinsam und spezifisch ist“ (S. 170), an sprachliche Grenzen stoße.

Dieses Problem haben religionswissenschaftliche Forschungskonzeptionen in ähnlicher Weise sogar dann, wenn sie – wie Riho Altnurme in seinem Beitrag zeigt – nur das Christentum betrachten. Altnurme stellt am Beispiel des Baltikums heraus, inwieweit die seit der Reformationszeit zu beobachtende Nationalisierung der Kirchen die vergleichende Untersuchung des Wirkens von Predigern, das heute in Lettland und Estland im transnationalen Kontext wahrgenommen werden müsste, an den nicht vorhandenen „Kenntnissen der kleinen Nationalsprachen“ (S. 180) scheitert. Hinzu komme die komplizierte Geschichte des *nation building* in der Region, da Transferprozesse nur dann transnational genannt werden könnten, „wenn die an der Übertragung beteiligten Gruppen identifizierbar sind“ (S. 172). Dieser Hinweis gilt in gleicher Weise sicher auch für andere mittelosteuropäische Regionen.

Im letzten hier zu besprechenden Beitrag geben Corine Defrance, Roman Faure und Thomas Strobel Auskunft über Gemeinsamkeiten und Unterschiede im deutsch-französischen und deutsch-polnischen Schulbuchdialog. Dabei wird nicht ganz klar, was die notwendig im „bipolaren Kontext“ (S. 186) stattfindenden Gespräche mit Transnationalität zu tun haben sollen. Zwar kann an diversen Beispielen aus dem Europa der Zwischenkriegszeit gezeigt werden, wie zivilgesellschaftliche Akteure im Namen der Versöhnung und des Pazifismus den Aufbau eines Netzwerkes vorantrieben, in dem deutsche und französische Geschichtsbilder angeglichen werden sollten. Im Resultat entstand jedoch viele Jahre später nur „ein echtes binationales Schulbuch“ (S. 188). In Hinblick auf die deutsch-polnischen Historikergespräche kommt die lange Zeit der staatlichen Einflussnahme hinzu, so dass von einem eigenständigen Netzwerk nicht gesprochen werden kann; das deutsch-französische Projekt steht ebenfalls durch einen staatlichen Eingriff auf der Kippe, denn die „neuen [französischen, F.S.] Lehrpläne nehmen keine Rücksicht auf die für das Deutsch-Französische Schulbuch definierten Themen“ (S. 193). Man sieht, wie berechtigt Langenohls Hinweis ist, die aktive (ermöglichende oder behindernde) Rolle des Staates nicht zu unterschätzen. Angesichts der von ihm ebenfalls apostrophierten ungebrochenen Attraktivität der nationalen

Imagination wäre wirklich transnational ausgerichteten Lehrbüchern, die Geschichte aus der Perspektive bestimmter mittelosteuropäischer Regionen wie des Baltikums oder Siebenbürgens erzählen, wohl noch lange kein Erfolg beschieden. Deswegen verweist der Beitrag zu den Schulbuchgesprächen als Ausblick zu Recht auf die einzig realistische Möglichkeit, mit Hilfe solcher Projekte den „stark national orientierten Geschichtsunterricht zu öffnen und um Deutungen und Traditionen der Nachbarländer zu bereichern“ (S. 202).

Der vorliegende Sammelband leistet – wie der kursorische Überblick zeigen sollte – alles in allem einen beachtlichen Beitrag zur Schärfung des Problembewusstseins in Hinblick auf Fragen der Konzeptualisierung von Transnationalität und Transkulturalität in Mitteleuropa in den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen. Obwohl die einzelnen Beiträge jeweils eng umrissene Gegenstände in den Fokus nehmen, eröffnen sie insgesamt einen frischen Blick auf ein ganzes Forschungsfeld. Dessen Bearbeitung kann nur interdisziplinär erfolgen und muss, was die Herkunft der daran Beteiligten anbelangt, die transnational ausgerichtete Forschungsperspektive um ein die nationalen Grenzen übergreifendes Forscher*innen-Netzwerk ergänzt werden. In dieser Hinsicht ist der Konferenzinitiative des interdisziplinär und multinational ausgerichteten Johann Gottfried Herder-Forschungsrats, deren Ergebnis die hier besprochenen Beiträge von Autor*innen aus verschiedenen Ländern sind, eine produktive Fortsetzung zu wünschen.

Frank Steffen, Leipzig

Klaus Latzel, Elissa Mailänder, Franka Maubach (Hrsg.): Geschlechterbeziehungen und „Volksgemeinschaft“, Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen: Wallstein 2018, 287 S., ISBN: 978-3-8353-3299-7.

Was war das Spezifische der Geschlechterbeziehungen und der Geschlechterpolitik im Nationalsozialismus? Dies ist eine der Kernfragen, denen sich der von Klaus Latzel, Elissa Mailänder und Franka Maubach herausgegebene Sammelband unter dem Titel „Geschlechterbeziehungen und ‚Volksgemeinschaft‘“ widmet. Ziel ist es, das „dynamische Verhältnis von Geschlechterbeziehungen und rassistischer NS-Politik zu begreifen“. Dabei wird die Geschichte des Nationalsozialismus als Beziehungsgeschichte untersucht, um eine „integrierte und relationale Geschlechtergeschichte zu schreiben“. Mit diesem Ziel setzt der Sammelband an einer Schnittstelle zwischen NS-Gesellschaftsgeschichte, Beziehungsgeschichte und einer auf den Nationalsozialismus bezogenen Geschlechtergeschichte an – eine wichtige Verortung zwischen Bereichen, die in den letzten Jahren zwar einzeln erforscht worden sind, hier jedoch zusammen gedacht werden sollen. In der Einleitung wird außerdem explizit darauf hingewiesen, Geschlecht als ein konstitutives Element in sozialen Beziehungen zu betrachten (Joan W. Scott) und Geschlechterrelationen in den Vordergrund zu rücken: „Eine Geschichte der Geschlechterbeziehungen im Nationalsozialismus zu schreiben, bedeutet mithin, über den ‚Relationsbegriff‘ Geschlecht Männer und Frauen systematisch zueinander ins Verhältnis zu setzen.“ (S. 13) Das Konzept der „Volksgemeinschaft“ ist hierfür zentral, da es zu den im Nationalsozialismus entworfenen Geschlechterordnungen immer einen Bezugspunkt darstellte. So gehen die acht Beiträge vor diesem Hintergrund vor allem auf die Wechselwirkungen von Inklusions- und Exklusionsprozessen im NS-Staat ein, der über die Idee der „Volksgemeinschaft“ auch das Private politisierte.

Die Beiträge lassen sich dabei in drei verschiedene Kategorien aufteilen. Begonnen wird mit der Untersuchung von Geschlechterverhältnissen in der Ideologie der „Volksgemeinschaft“. In seinem Beitrag widmet sich Bernd Kleinhans dem NS-Spielfilm und analysiert die Geschlechterrollen der jeweiligen Hauptfiguren und das Narrativ der Filme. Die Filme, die von der Reichsfilmkammer genehmigt wurden, eignen sich für die Untersuchung der „ideologischen Intention der NS-Führung“ (S. 31) – auch im Hinblick auf Geschlechterrollen. Sehr anschaulich stellt der Verfasser dar, dass es sich bei den weiblichen Figuren vielfach nicht um solche handelt, die allein als Hausfrau und Mutter vorkommen. Vielmehr wird „[d]ie Volksgemeinschaft in diesen Filmen als eine geschlechterintegrierende Opfergemeinschaft konzeptionalisiert“ (S. 28). Dabei folgen die vorgestellten Filme einem ähnlichen Narrativ, das sich in den Paarbeziehungen der Protagonisten verdeutlicht: Während in diesen die Protagonisten nicht zueinander finden, da ihre Interessen eng an ihr Geschlecht geknüpft sind, wird dieser Konflikt mit dem Eintritt in die „Volksgemeinschaft“ aufgehoben. Männer und Frauen bilden so „in zweierlei Hinsicht eine Opfergemeinschaft“ (S. 39): indem sie „ihre individuellen Wünsche dem Kollektiv opfern“ und indem sich „männliche und weibliche Opferbereitschaft“ (S. 39) aufeinander beziehen und sich bedingen. Kontrastierend zu dieser Darstellung stellt Gudrun Brockhaus in ihrem Beitrag die Ratgeber der Nationalsozialistin und Lungenfachärztin Johanna Haarer vor. Auch diese geben Aufschluss über Geschlechterverhältnisse in der Ideologie der „Volksgemeinschaft“: „Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind“ gehörte zu den auflagenstärksten Ratgebern für Mütter in der NS-Zeit. Haarer vertritt darin die Position einer eindeutigen Polarität und Hierarchie im Geschlechterverhältnis“ (S. 51). „Das Kindergebären und -aufziehen wird [darin] zu einem heldenhaften Kampf für das ‚Sein oder Nichtsein ihres Volkes‘“ (S. 51) und gehört somit nicht mehr in den Raum des Privaten, sondern wird zu einem politischen Anliegen. Gudrun Brockhaus zeigt jedoch, dass auch Haarers Verständnis von der Rolle und Sphäre der Frau mit dem von Hitler propagierten Bild kontrastiert: „Haarer nutzt die vermeintlich natürliche Geschlechterpolarität und -segregation, um Haushalt und Familie als Herrschaftsgebiet der Frau zu proklamieren. Aber sie folgt nicht der Zuschreibung einer Hilfsfunktion der Frau für den Mann“ (S. 59). Vielmehr beschreibe Haarer Geburt, Erziehung und Familie als eigene Kampfsphäre der Frau und Mutter, die eigenständig und parallel zu den Männern zugeschriebenen Bereichen existiert.

In den nächsten Beiträgen wird die Makroebene der von Institutionen und führenden Personen gestalteten NS-Ideologie verlassen und der Fokus wird, anhand von Untersuchungen über das Scheidungsrecht, Auslandsehen, Prostitution und Umsiedlungspolitik, auf politisch-institutionelle Praktiken gerichtet. In ihrer Untersuchung über die NS-Scheidungs politik analysiert Annemone Christians Beispiele von Ehescheidungen vor und nach 1938 in München. Nachdem die Nationalsozialisten 1938 das Scheidungsrecht novellierten, kam es in dem darauffolgenden Jahr zu einem Anstieg an Scheidungen. Mit der Einführung des Zerrüttungsprinzips wurde die Scheidung zwar allgemein einfacher – die Autorin hebt aber hervor, dass dies insbesondere auch für vom NS-Staat unerwünschte Ehen galt, „denn mit der Gesetzesreform erhielt ein dritter, ungleich abstrakter Interessenvertreter deutlich mehr Handlungsmacht im Scheidungsverfahren: die ‚Volksgemeinschaft‘“ (S. 73). An deren Nutzen mussten sich die Ehen messen lassen. Zudem wird geschlussfolgert, dass das neue Gesetz Gewaltakte in der Ehe bagatellierte: Gewalt in der Ehe galt nicht mehr als absoluter Scheidungsgrund, womit „das Recht der ‚Volksgemeinschaft‘ [...] keinen legitimen

Schutz vor Gewalt und Missbrauch in der Ehe [bot]“ (S. 81) und somit vor allem Frauen benachteiligte. Mit der Institution der Ehe beschäftigt sich auch Maren Röger in ihrem Beitrag über „Deutsch-ausländische Eheschließungen 1933–1945“. Als zentraler Quellenkorpus zur Analyse der Ehen zwischen einem reichsdeutschen und einem ausländischen Partner dienen hier Akten aus dem politischen Archiv des Auswärtigen Amts. Neben den vielen anschaulichen Fallbeispielen wäre für diesen Bestand auch eine empirische Auswertung interessant gewesen – vor allem um die hintergründigen diplomatischen Interessen des Auswärtigen Amtes differenzierter einordnen zu können. Das im Artikel oft benannte Argument, das Amt habe das Herkunftsland der jeweiligen Ehepartner „nicht verstimmen“ wollen, kann sich nach 1939 bspw. kaum auf Ehen mit Personen polnischer Herkunft beziehen. Für das Anfang 1943 ergangene „komplette Verbot von Ausländerehen“ (S. 99), welches die widersprüchliche Vorgehensweise der Behörden bezüglich solcher Eheschließungen andeutet, fehlt ein Beleg. Dennoch macht der Beitrag auf ein bisher wenig erforschtes Thema aufmerksam: „[Es] kam zu einer sehr widersprüchlichen Politik bei der Bewilligung von Ausländerehen, die mit der fehlenden Gleichbehandlung von Personen ein zentrales Element bürgerlichen Rechts aushebelte“ (S. 107) und der Kultur der Einzelfallentscheidungen im nationalsozialistischen Staat entsprach. Um die Rolle von Prostituierten und Zuhältern im Kontext der „Asozialenverfolgung“ und ihre Einordnung in das System der „Volksgemeinschaft“ geht es in dem Beitrag von Mirjam Schnorr. Zeitgenössische Quellen wie Prozessakten, Artikel aus dem kriminologischen, psychiatrischen und wohlfahrtspflegerischen Bereich und Dokumente zum Prostitutions- und Zuhälterwesen auf der Reichsebene ermöglichen in der Analyse eine umfassende Darstellung der Thematik. Laut Schnorr lässt sich die „Prostitutionspolitik der Nationalsozialisten [...] in zwei Phasen einteilen“: zunächst die Frühphase ab 1933, in der Straßenprostitution verhindert werden sollte. Mit Kriegsbeginn startete die zweite, radikalisierte Phase: Die Kontrolle der Prostitution wurde zentraler und intensiver, während zeitgleich Bordelle im Kriegsgebiet und in Konzentrationslagern eingerichtet wurden (S. 115). Die Prostitution sollte demnach nicht abgeschafft werden, „vielmehr sollten Frauen, die in diesem System arbeiteten, beaufsichtigt, kontrolliert und bei Bedarf gemaßregelt werden.“ Schnorr pointiert: „Solange [die Prostitution] unauffällig ablief, blieb sie straffrei“ (S. 125). Vor dem Hintergrund der Kategorie der politisch-institutionellen Praxis schlussfolgert Schnorr, dass es sich bei der Prostitution eigentlich um ein Gegenbild der „Volksgemeinschaft“ handle, jedoch ebenso wie jene durch ein heteronormatives und binäres Geschlechterverhältnis unter männlicher Vormachtstellung geprägt war (S. 132). Anhand der „Familie als Relais“ untersucht Isabel Heinemann die NS-Umsiedlungspolitik in den besetzten Ostgebieten. Dabei verwendet sie die Familie als Kategorie, um darzustellen, dass diese in der Umsiedlungspolitik als „effektives Erfassungs- und Ausschließungsinstrument“ (S. 144) wirkte. Dieser Ansatz überzeugt, da Heinemann anhand der Auswertung verschiedener Quellen, wie bspw. Berichten über die Umsiedlungsaktionen und Publikationen von SS und Reichsnährstand verdeutlicht, dass „[e]rst die Familieneinheit [...] den umfassenden Zugriff auf die Menschen – in positiver wie in negativer Hinsicht“ (S. 143) ermöglichte. Anschaulich wird dies besonders für das untersuchte Fallbeispiel des Generalkommissariats Shitomir in der besetzten Ukraine. Dies integriert die Perspektive der Akteure und Betroffenen und verdeutlicht, dass bestimmte Familien im Sinne der „Volksgemeinschaft“ erhalten wurden, während andere Familien aus rassistischen Gründen als solche ausgeschlossen wurden. Auf die Perspektive einer anderen

Akteurin in derselben Region um Shitomir geht der anschließende Beitrag von Julia Paulus ein. Am Beispiel des Briefwechsels zwischen der Juristin Annette Schücking mit ihrer Familie gibt sie einen faszinierenden Einblick in das Leben der jungen Frau, die sich für einen Dienst als Soldatenheimschwester in der besetzten Ukraine entschied. Es ist gerade der Hintergrund Schückings, die aus dem „guten Hause“ einer anti-nationalsozialistischen Familie stammte und bereits ihr Jurastudium abgeschlossen hatte, der den Einblick in den Alltag in den Soldatenheimen so besonders macht. In der Beschreibung ihrer täglichen Arbeit in der Betreuung der Truppe und der Organisation und Leitung des Soldatenheimes, verhandelt Schücking auch immer wieder ihre Rolle als (deutsche) Frau und den zwischen-geschlechtlichen Umgang mit den Soldaten, der sie ihrer „nach Unabhängigkeit strebenden [...] Geschlechtsidentität beraubt“ (S. 169). Hier deutet sich bereits der dritte Schwerpunkt des Sammelbandes an, der Geschlechterverhältnisse in der Praxis von Paarbeziehungen untersucht. Darauf geht auch der abschließende Beitrag von Frank Werner ein. Das bezeichnende Zitat „Es ist alles verkehrt in der Welt“ im Titel des Aufsatzes deutet bereits auf den Inhalt hin: das sich verändernde Verhältnis von „männlichen“ und „weiblichen“ Sphären im Krieg. Auch hier dient ein überlieferter Briefwechsel als Hauptquelle: Das Ehepaar Neuhaus betrieb ein Feinkostgeschäft in Münster, das von der Ehefrau Agnes allein geführt wurde, während ihr Mann Albert an unterschiedlichen Fronten des Krieges eingesetzt war. Eng am Text analysiert Werner die Entwicklung beider Persönlichkeiten, die Relevanz der Arbeit und die Verhandlung der Rollen in ihrer Paarbeziehung. Das Resultat unterscheidet sich von der verbreiteten Annahme, die Geschlechterordnung habe sich mit der Erweiterung weiblicher Handlungsräume an der Heimatfront während des Krieges geändert. Vielmehr wird herausgestellt, dass die Ehe immer dann „besonders harmonisch war [...] [,] wenn es darum ging, die traditionelle Hierarchie der Geschlechter neu zu arrangieren, aber im Kern zu reproduzieren“ (S. 176). Das Handeln der Ehefrau blieb weiterhin auf ihren Mann bezogen, „die althergebrachte Hierarchie“ überdauerte in „neuer arbeitsteiliger Harmonie“ (S. 196).

Die Stärke des Sammelbandes liegt in der Anlage der drei Schwerpunkte, anhand derer heterosexuelle Paarbeziehungen in unterschiedlichen Kontexten untersucht werden. So wird neben einer facettenreichen Betrachtung auch deutlich, dass sich ideologische, politisch-institutionelle und Praxis-Ebene gegenseitig bedingten und beeinflussten. Auch dem Anspruch einer relationalen Geschlechtergeschichte wird der Band gerecht. Die neuen Perspektiven und Ansätze, aber auch neue Quellen erweitern den Blick auf in der NS-Forschung bereits oft bearbeitete und untersuchte Themen. Denkt man dies weiter, lässt sich gerade der Ansatz der relationalen Geschlechtergeschichte für den Nationalsozialismus auch auf andere Bereiche ausweiten, bspw. in der Frage nach Paarbeziehungen zwischen Tatbeteiligten nationalsozialistischer Verbrechen, nach der Rolle von Geschlechterbeziehungen im Kontext von Ermittlungsverfahren und Strafprozessen gegen Täterinnen und Täter nach 1945 und allgemein in einer Untersuchung im Hinblick auf die gesellschaftlichen Transformationsprozesse um das Jahr 1945. Letzteres würde auch mehr eine Untersuchung in Richtung der eingangs gestellten Forschungsfrage nach dem Spezifischen der Geschlechterbeziehungen und -politik im Nationalsozialismus sein, die der Band am Ende doch offenlässt. Die Frage nach den Besonderheiten des NS-Staates benötigt den Einbezug einer vergleichenden Perspektive, die in diesem Band lediglich in der Einleitung kurz angedeutet wird (S. 15). Das Ausbleiben dieser Vergleichsebene tut den Beiträgen jedoch keinen Abbruch, die viel-

mehr den Auftakt für weitere gewinnbringende Untersuchungen in der Schnittmenge von Gesellschafts-, Beziehungs- und Geschlechtergeschichte für die Zeit des Nationalsozialismus bilden können.

Kathrin Janzen, Wien

Stefan Wunsch: Das erkrankte Geschlecht. Medizin und Prostitution im Berlin des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Würzburg: Königshausen & Neumann 2020, 328 S., ISBN: 978-3-8260-6973-4.

Wie wurden Frauen, die Sex gegen Geld tauschten (oder dessen verdächtigt wurden) zum „erkrankten Geschlecht“? Wie wurden Prostitution und Geschlechtskrankheiten auf eine Weise miteinander verschränkt, dass die Idee eines „infizierten wie infizierenden Gefahrenkörpers“ (S. 227) bis heute anhält? Stefan Wunsch beantwortet diese Fragen in der anzuzeigenden Studie. Aus einer kombinierten medizin- und mikrohistorischen Perspektive untersucht der Verfasser das System der Reglementierung und das „Netz aus Institution“ im Berlin des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Durch eine „mikrohistorische Perspektivierung des Systems der Reglementierung“ (S. 227) erweitert Wunsch auf eine kluge Art und Weise die deutschsprachige historische Forschung zur staatlichen Reglementierung der Prostitution.

Wie in vielen sozialkonstruktivistisch angelegten Studien über Prostitution geht es auch in der vorliegenden Arbeit, einer an der Humboldt-Universität zu Berlin eingereichten Dissertation, nicht um „Prostitution“, sondern um Produktion und Konstitution von Prostitution in einem komplexen Netz von Institutionen und Akteuren. Es ist eine „Geschichte, die von der „Obsession des Westens mit der Prostitution erzählt“ (S. 230) und deshalb „keine neuen Wahrheiten über das Wesen der Prostitution“ formuliert. Es wäre nahezu „absurd“, so Wunsch, „ein zwanghaftes Verhalten zu problematisieren und gleichzeitig die unablässig gemusterten Frauen ins Zentrum der Untersuchung zu stellen und den diese entkleidenden und sezierenden Blick selbst zu praktizieren“ (S. 230).

Die Struktur und das Narrativ der Studie resultieren aus einem etwas gewöhnungsbedürftigen „nomadischen Vorgehen“ (S. 226) bzw. „nomadischen Nachspüren der verschlungenen Pfade“ (S. 231), das die „verwickelten Pfade der medizinischen Auseinandersetzung mit der Prostitution“ nachzeichnet (S. 226). In den neun Kapiteln des Buches folgt Wunsch daher keiner linearen Erzählung, sondern rekonstruiert „Verdichtungen“ innerhalb des „die Prostitution umspannenden diskursiven Netzes“ (S. 32). Die Kapitel sind, gleichwohl thematisch strukturiert, chronologisch angeordnet. Der Rekonstruktion eines Netzes folgend, überschneiden sich die Kapitel teilweise inhaltlich und zeitlich. Im Vordergrund stehen die Knotenpunkte des Netzes, die Praktiken und die Objekte.

Fragen von Zwang und Freiwilligkeit durchziehen die Studie, wenn auch nicht explizit und systematisch. Anders als in früheren Untersuchungen geht es nicht primär um die Frage der erzwungenen oder freiwilligen Ausübung der Prostitution, sondern um den Zwangscharakter der Überwachung im Kontext der Reglementierung der Prostitution sowie um die Zwangsmaßnahmen im Kontext der Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten und – etwas allgemeiner – um die Interaktion mit Ärzten, der Sittenpolizei, Fürsorgerinnen und Psychiatern. All diesen Akteuren war das Ziel gemein, die Interaktionen mit den Prostituierten

möglichst „freiwillig“ erscheinen zu lassen, um die Anwendung von körperlichem Zwang zu vermeiden.

Im ersten Kapitel „Das Parthenon oder wie man die Prostituierte mache“ rekonstruiert Wünsch Vorstellungen räumlicher Einhegung von Prostituierten, die sich als Modell im 19. Jahrhundert mit der Verbreitung der Reglementierung durchsetzten – sei es in Bordellen oder in baulich abgeschlossenen Straßenzügen. Der Verfasser sieht in den „Bauwerken des Einschluss[es]“ ein „Ineingreifen eines räumlichen Ausschlusses [der „Prostituierten“] bei gleichzeitiger Hervorbringung einer anormalen Identität kraft der Durchsetzung des Raumes mit Disziplinartechniken“ (S. 55). Wünsch zeichnet nach, wie sehr die Vorstellung einer räumlichen Segregation der Prostitution sowohl in den Folgejahren in der lokalen Raumpolitik wie beispielsweise in Bremen (Helenenstrasse) als auch in polemischen Beiträgen von Anti-Prostitutionsaktivistinnen und -aktivisten wie Anna Pappritz verankert war. Am Beginn seiner Rekonstruktion steht der heute in Vergessenheit geratene Nicolas Edmonde Rétif, ein Franzose, der 1769 einen detaillierten Entwurf zu einem „klosterähnlichen“ Parthenon veröffentlichte, in den Frauen, die Sex gegen Geld anboten, interniert und überwacht werden sollten. Auch der weitaus bekanntere Alexandre Jean-Baptiste Parent du Châtelet und seine Vorstellung einer umfassenden Überwachung der Prostituierten, wie sie in Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch eingeführt wurde, findet hier Erwähnung. Aus wissenshistorischer Perspektive relevant ist die Beobachtung, dass dieses im 19. Jahrhunderts „umspannende Netz von Institution“ sich in einer „Verschiebung in der Betrachtung der Prostitution“ manifestierte. Wünsch zeichnet einen Prozess nach, in dem die Prostituierte als „eigenständige Persönlichkeit“, als „negative Weiblichkeit“, „die als Kehrseite des Weiblichen sämtliche Verfehlungen des eigenen Geschlechts angelastet bekam“ (S. 49). Prostituierte wurden in diesem Überwachungssystem in Polizeiakten erfasst, die wiederum die Grundlage für die Wissensproduktion über Prostitution wurden. Wünsch hebt hervor, wie sich sowohl Parent du Châtelet als auch der deutsche Autor Wilhelm Stieber in einer 1846 veröffentlichten Studie auf Polizei- und Archivakten als Grundlage für die Beschäftigung mit Prostitution stützten. Beide gingen davon aus, in den Unterlagen „einen Zugang zur Realität der Prostitution“ gefunden zu haben und betrachteten somit das Wissen der Polizei als objektiv (S. 47).

Im vergleichsweise kurzen zweiten Kapitel befasst sich Wünsch mit der kartografischen Erfassung der Prostitution in Berlin in der zweiten Hälfte des. 19. Jahrhunderts. Diese deutet er als „Versuch der Kontrolle“ vor dem Hintergrund einer wahrgenommenen „Omni-präsenz der Prostitution im städtischen Raum“, wie sie vor allem nach dem Bordellverbot von 1846 existiert habe. Erst mit dem Verbot verteilte sich die Sexarbeit auf das gesamte städtische Gebiet. Es entstand die sogenannte Straßenprostitution mit „Winkelhuren“, „Straßenmägden“ und „Strassendirnen“, die von verschiedenen Beobachtern kategorisiert und klassifiziert wurden. Die als Prostituierte wahrgenommene Frau galt in den auf die Stadt fokussierten Diskursen ausschließlich als Belästigung und Gefahr für die öffentliche Ordnung und die Sittlichkeit. Die kartografische Erfassung ihrer Aufenthaltsorte versprach zumindest eine gewisse „innere Sinnstiftung“ in einer Phase der Orientierungslosigkeit, welche die Auflösung der Bordellstraßen verursachte. Interessant ist die Beobachtung einer Gleichzeitigkeit des Verschwindens städtischer Mauern und Bordelle, die der nun verlorenen „ordnungsstiftende[n] Funktion der Mauern“ die neuen Kategorien der „Asozialen“ und „Außenseiter“ entgegensetzte (S. 72).

Nach dem Verschwinden der „Mauern der Verwahrung“ der Bordelle in Berlin widmet sich der Verfasser im dritten Kapitel den Mechanismen und Institutionen der Internierung und Verwahrung: den Krankenhäusern. In den Blick gerät damit die „fortgesetzte Pathologisierung des Körpers der promiskuitiven Frau“ (S. 96). Drei Aspekte dieser neuen „Orte der Verwahrung“ werden in den Blick genommen. Die Krankenhäuser bzw. die seit dem 18. Jahrhundert existierenden „Verwahrhospitäler“, in denen Prostituierte zwangsinterniert wurden, lagen auf einer Kontinuitätslinie zur Internierung in Bordellen. Etwas unerwartet geht es dabei nicht nur um das „Entweichen“ der Frauen, sondern auch um die Verhinderung nächtlicher Männerbesuche. Im Prozess der Sicherung mithilfe von Zäunen und Mauern sieht Wunsch ein „Spiel ohne Ende“, ein „Wechselspiel zwischen der Eigensinnigkeit der zu Verwahrenden und dem steten Nachjustieren der Ausführenden“ (S. 78). Als zweiten Aspekt nimmt Wunsch die „medizinische Baracke“ in der Charité und ihre Architektur und Deutung in den Blick. Die konstante Luftzirkulation und die direkte Abwasserentsorgung führte dazu, dass sie vor allem für die Behandlung von Geschlechtskrankheiten geeignet erschien, da die Gerüche von Wunden und Geschwüren in den gut durchlüfteten Baracken schnell verschwinden würden – so die zeitgenössische Meinung. Doch warum waren Gerüche so wichtig? Wunsch leitet mit dieser Frage auf den dritten Aspekt über: den Sunamitismus. Dieser Theorie zufolge besaßen „jungfräuliche“ weibliche Körper bzw. ihre „Ausdunstungen“ eine heilende Wirkung. Aus diesem Verständnis heraus, so Wunsch, wurden „die dem Körper der Prostituierten anhaftenden morbiden Gerüche“ als „Verfehlung des Weiblichen“ (S. 95) gedacht und somit die Frauen räumlich separiert.

Die Praktiken und Techniken der Ärzte auf der Sanitätsstation der Sittenpolizei in den „Rixdorfer Baracken“ werden im vierten Abschnitt untersucht. Im Vordergrund steht dabei der detaillierte Ablauf der Zwangsuntersuchungen, so wie er durch den entsprechenden Ministerialerlass von 1897 und den Ausführungen der Berliner Ärzte Dr. Hugo Kollm und Georg Güth beschrieben wurde. Der Zeitdruck, unter dem die Untersuchungen stattfanden und die gleichzeitigen Anforderungen an Reinigung und Desinfektion der benutzten Geräte werden hervorgehoben. Wunsch rekonstruiert hier minutiös die Abläufe der eng getaktet aufeinander folgenden Untersuchungen. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verfasser der überaus schleppenden Einführung und der geringen Nutzung des Mikroskops. In seiner Analyse der Texte betont Wunsch „Momente der Männlichkeitskonstruktion“ (S. 111). Zwar bringe die Zwangsuntersuchung und das dabei angewandte medizinisch-kriminalistische Wissen ein „hierarchisches Geschlechterverhältnis“ hervor, wonach die Frau das „Geschlecht und Kontrolle“ und der Arzt das „Subjekt der Kontrolle“ ist. Dieses Männlichkeitskonstrukt erscheint Wunsch jedoch als brüchig. Der Verfasser konzentriert sich auf jene Schilderungen, aus denen die „Furcht, die Kontrolle über die Kontrolle zu verlieren“ zum Ausdruck kommt als eine Gefahr, die durch Zeitmangel, die zeitintensiven Anforderungen der Geräte, und den „Massenbetrieb der Prostituiertenkontrolle“ (S. 114) verschärft wurde.

Im fünften Kapitel wird das Untersuchungszimmer der Polizeiärzte und die „moderne Art der Prostituiertenkontrolle“ thematisiert. Hier analysiert und rekonstruiert Wunsch die Einrichtung und Abläufe einer „Mustereinrichtung des polizeilichen Untersuchungs-zimmers“ wie sie 1911 auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden vorgestellt wurden. Entwickelt wurde diese Mustereinrichtung durch den zwischen 1910 und 1914 bei der Berliner Sittenpolizei tätigen Arzt Heinrich Dreuw. Wunsch hebt auch hier die durch Einrichtung und Geräte hervorbrachte Asymmetrie zwischen dem (männlichen)

Kontrollierenden und der kontrollierten Prostituierten hervor, widmet aber den Hauptteil des Kapitels der „Dramaturgie der Gefahren“ und der „Choreographie der Kontrolle“, die durch die prototypische Einrichtung des Untersuchungszimmers sichtbar werde. Dreuws hoffte darauf, „daß die Zwangsuntersuchung mit moderner Auffassung mit größtmöglicher [!] Schonung und Humanität durchgeführt wird“ (S. 123). Zugleich sollten die modernen Geräte und die Einrichtung des Zimmers die Ansteckungsgefahr durch Prostituierte verhindern. Interessant ist die Parallele, die Wunsch zwischen der Art und Weise, wie sich Dreuw mit infektiösen Flüssigkeiten aus dem Körper der Prostituierten auseinandersetzte und den Vorstellungen über menschliche Abfälle (Kot, Urin) in den aufkommenden Diskursen über Kanalisation, zieht. Beides konnte und sollte durch Belüftung und vor allem Wasser zum Schutz der Bevölkerung vor Krankheiten in Bewegung gehalten werden. Gleichzeitig, so Wunsch, prägte auch die Angst des Arztes vor Ansteckung und vor einer unwissentlichen Verbreitung von Krankheiten die intensive Beschäftigung mit den Geräten und der Einrichtung des Untersuchungszimmers. Der Verfasser folgert daraus die „Angst einer versagenden Männlichkeit“ (S. 142).

Der Entwicklung und dem medizinischen Einsatz des Handschuhs zum Schutz der Ärzte und Patientinnen widmet sich das sechste, analytisch wohl schwächste Kapitel. Spannend ist die Verschiebung der Wahrnehmung, die mit der Entwicklung und Nutzung des Gummihandschuhs nach 1900 einherging: Nur die vollständig durch eine „zweite Haut“ geschützte Hand beugte Krankheitsübertragungen vor. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich für das Kondom konstatieren, das seit dem späten 18. Jahrhundert ebenfalls als zweite Haut zum Schutz vor Geschlechtskrankheiten genutzt wurde.

Im siebten Kapitel verlässt Wunsch „das Untersuchungszimmer der Sittenpolizeistation am Alexanderplatz“ und widmet sich den Praktiken, Techniken und Objekten, die zur Vorbeugung von Geschlechtskrankheiten ab dem Ersten Weltkrieg zum Einsatz kamen. Ziel war es jetzt, die Prostituierten nicht mehr nur zu überwachen, sondern sie für „Schutzvorkehrungen um den Geschlechtsverkehr“ zu gewinnen (S. 157). In diesem neuen „gynäkologischen-venerologischen Regime“ verloren die „Mauern der Verwahrung zunehmend an Bedeutung“ (S. 182). Mit dieser Entwicklung verschob sich die Wahrnehmung und Stellung der Prostituierten. Einerseits avancierte die Prostitution zu einer „pädagogischen Institution“, die mit der Zuhilfenahme von Merkblättern und Gebrauchsanweisungen für Salben und Tinkturen mit der Vorbeugung der Geschlechtskrankheiten betraut wurde. Gleichzeitig geriet nun der ganze Körper der Frau in den Blick der Kontrolle; die Prostitution wurde nun „auf einen Gefahrenstoffe bergenden Kanal, den es zu reinigen und kontrollieren galt“ (S. 174), reduziert. Auch in diesem Kapitel widmet Wunsch der zeitgenössischen Analogie zwischen Prostitution und Kanalisation, der „Verschränkung zwischen dem Körper der Prostituierten und der Kanalisation als architektonisches Artefakt“, einen Abschnitt.

Das achte Kapitel handelt „[v]om Nachteil ein Kaninchen zu sein“ und der „Überführung der menschlichen Diagnostik auf das Tier“ (S. 202), also jenem Prozess, der dazu führte, dass das Tier im Allgemeinen und das Kaninchen im Besonderen zum „neuartigen Versuchsobjekt“ in der medizinischen (Syphilis-)Forschung wurden. Dabei knüpft Wunsch an Ansätze der *Animal Studies* an. In der experimentierten Venerologie, die Albert Neisser noch in den 1890er Jahren an Menschen (in diesem Fall unwissenden Prostituierten) angewendet hatte, wurden jetzt andere Versuchsobjekte gesucht: zuerst Menschenaffen, dann Kaninchen.

Im letzten Kapitel wird die „Frauenhilfestelle“ vorgestellt, die im Juli 1921 in der Sittenpolizeistation am Alexanderplatz eingerichtet wurde. Zielte das medizinische Labor noch auf die „akribische Überwachung des Körpers“ ab, ging es in der neuen Abteilung um die „Regulierung des Lebens“. Aufgabe der sogenannten Gefährdetenfürsorge und der neu eingestellten Fürsorgerinnen war es, „eine Rückkehr“ der Prostituierten „ins bürgerliche Leben“ zu erreichen und sie zu „nützlichen Mitgliedern der menschlichen Arbeitsgemeinschaft“ zu machen, so der Arzt und Sozialhygieniker Hans Haustein (S. 205). Heute würde das Projekt „Ausstieg aus der Prostitution“ heißen. In der Analyse hebt Wünsch erstens den Widerspruch hervor, in dem sich die Fürsorgerinnen verstrickten. Einerseits kritisierten einige von ihnen, darunter die Abolitionistin Annie Blumenfeld, das System der Reglementierung. Gleichzeitig aber war ihre eigene Tätigkeit eng mit der Praxis der Reglementierung und „dem Zeitregime der Zwangsuntersuchung“ (S. 212) bei der Sittenpolizei verzahnt. Wünsch kommt zu dem Fazit, dass die „von den Fürsorgerinnen stets hochgehaltene Zwanglosigkeit der Hilfsangebote [...] nicht darüber hinwegtäuschen [darf], dass ihre Arbeit einen integralen Arbeitsablauf der Polizeistation bildete“ (S. 212). Das zweite Argument des Verfassers zielt auf die Pathologisierung und Psychiatrisierung der Prostitution ab, die durch die Verzahnung der Fürsorgestellen mit der aufkommenden Psychiatrie in Gang gesetzt wurden. Um den Ausstieg aus der Prostitution zu fördern, sollten die Fürsorgerinnen das ganze Leben der Prostituierten in den Blick nehmen und dabei den Grad der „sittlichen Erkrankung“ (nicht aber den der körperlichen Erkrankung) feststellen (S. 212). Die dabei vorgenommene Unterscheidung zwischen „verdorbenen“ und „unverdorbenen“ Frauen ordnet Wünsch in die Tradition eugenischen Denkens ein. Die dichotome Kategorisierung der Prostituierten wurde durch die Integration der Psychiatrie „in das die Prostitution überwachende städtische Netzwerk“ (2015) verstärkt. Die Ursache der Prostitution wurde nun in psychischen Mängeln gesucht; die Prostituierte, ihr Leben und Handeln grundsätzlich als pathologisch und „soziales Versagen“ betrachtet. Und dies, obwohl die Psychiatrie durchaus verschiedene Erklärungen für die pathologische Verfasstheit von Prostituierten anbot. Zuletzt identifiziert der Verfasser in der Hinwendung zum Leben der Prostituierten in und durch Gespräche die Entstehung eines „Netz[es] des Schreibens und der Schrift“, von Akten und Gutachten, die eine „beständige Dokumentation“ der Frauen schafften und engmaschig mit dem Netz der Institutionen verwoben war. Seinem Befund, dass die Untersuchung der psychiatrischen Betrachtung der Prostitution ein weiterhin vernachlässigtes Forschungsfeld sei, kann nur zugestimmt werden.

Die Studie stellt einen interessanten und originellen Beitrag zur historischen Prostitutionsforschung dar. Sie bietet darüber hinaus zahlreiche Verweise auf die Historiografie zum Thema Prostitution im 19. und frühen 20. Jahrhundert sowie Anknüpfungspunkte zu verschiedenen Bereichen und Debatten in der Geschichtswissenschaft. Wünsch rezipiert dabei nicht nur neuere Studien, sondern die inzwischen oft vernachlässigte Frauen- und Geschlechtergeschichte der 1980er und 1990er Jahre. In ausführlich gehaltenen Fußnoten weist der Autor auf weiterführende Forschungen, offene Untersuchungsfelder und Fragestellungen hin. Darüber hinaus sind im Anhang einige zentrale Quellen abgedruckt, die eine eigenständige Interpretation von Gesetzen und Verordnungen ermöglichen. Dass Wünsch transnationale bzw. globalgeschichtliche Perspektiven auf die Prostitutionsforschung sowie historische Forschungen zu früheren und späteren Epochen nur bedingt rezipiert, ist dem Rahmen der Untersuchung geschuldet und kann dem Autor nicht angelastet werden. Auch

ist dem Verfasser das Fehlen der Stimmen der Prostituierten selbst kaum vorzuwerfen. Das Erkenntnisinteresse liegt in der Hervorbringung der Prostituierten als Kategorie durch eine Reihe von historischen Akteuren in den mit „Prostitution“ betrauten Institutionen. Würden die als „Prostituierte“ kategorisierten Personen nun in dieser Studie als Prostituierte eine Stimme haben, hätte sich Wunsch in einem performativen Widerspruch verwickelt.

Kritische Anmerkungen betreffen vor allem den Aufbau des historischen Narrativs und die nicht immer ausreichend tiefe Analyse des untersuchten Materials. Zeichnen sich einige Kapitel durch scharfe Analysen aus, bleiben andere Kapitel oft eher deskriptiv. Thesen, Analysen und Konzepte sind oft ungünstig in der Mitte eines Kapitels oder Absatzes platziert, wo sie für die (strategischen) Leserinnen und Leser schlecht zu finden sind. Eine auf Schärfung der Analyse und Argumentation fokussierte Überarbeitung der Dissertation hätte dieser klugen Studie sicherlich gutgetan.

„Bedarf es einer weiteren Geschichte der Prostitution und zudem noch einer über das 19. und frühe 20. Jahrhundert?“, fragt Wunsch in der allerersten Zeile der Einleitung. Die Antwort der Rezensentin ist nach der Lektüre des Buches eindeutig: Die Geschichte von „Prostitution“, ihrer gesellschaftlichen Konstruktion und Produktion sowie die der Akteure, Institutionen, Organisationen und Rahmenwerke, die in irgendeiner Form mit ihr betraut sind, ist weit davon entfernt, abgeschlossen zu sein. Wunsch bietet eine neue, originelle Perspektive auf ein Thema, das zumindest in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft wenig Aufmerksamkeit erfährt. Doch auch mit diesem Buch bleibt noch vieles offen. Zwar reicht Annette Vowinkel zufolge eine Forschungslücke nicht aus, um ein Forschungsprojekt zu begründen, gleichwohl könnte die Untersuchung der Prostitution mit ihrer komplexen institutionellen Verankerung auch für andere Zeiträume, wie z.B. für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, neue Erkenntnisse bieten. Die englischsprachige historische Prostitutionsforschung ist hier wegweisend. Es gibt also noch viel zu erforschen – nicht zuletzt, weil Prostitution als „Obsession des Westens“ auch im 21. Jahrhundert in einem komplexen „Netz“ an Institutionen eingebettet ist und durch sie hervorgebracht wird.

Sonja Dolinsek, Erfurt

Almut Bues (Hrsg.): Die Aufzeichnungen des Dominikaners Martin Gruneweg (1562–ca. 1618) über seine Familie in Danzig, seine Handelsreisen in Osteuropa und sein Klosterleben in Polen, Bde. 1-4, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2008, 1888 S., ISBN: 978-3-44705-269-6.

Anders als im Falle der aus Polen-Litauen zahlreich überlieferten Ego-Dokumente von Angehörigen herausgehobener Magnaten-Familien, bei denen das „Selbst“ des Verfassers meist hinter die Darstellung dynastischer Verbindungen, der politischen Rolle im Land und damit hinter das Legitimationsbedürfnis zurücktritt,¹ liegt mit der von Almut Bues besorgten Edition der „Aufzeichnungen“ des Dominikaners Martin Gruneweg ein Quellentext vor, in dem Elemente traditioneller Chronistik und Predigtliteratur mit Selbsterlebtem so verbunden

1 Vgl. Karin Friedrich: Life-Writing in the Polish-Lithuanian Commonwealth: Reflections on Mag-nate Ego-Documents, in: Jürgen Heyde, Karsten Holste u.a. (Hrsg.): Dekonstruieren und doch erzählen. Polnische und andere Geschichten, Göttingen 2015, S. 83-88.

sind, dass von einem frühen Zeugnis einer Autobiografie gesprochen werden kann. Deren Wert liegt – so die Herausgeberin – in den „allgemeineuropäischen und kulturellen Betrachtungen“, die Aufschluss geben über die „Geisteswelt dieses Menschen von der Wende des 16. zum 17. Jahrhundert“ (S. 1508). Besonders interessant sind die Betrachtungen über Sitten und religiöse Bekenntnisse, die Beschreibungen der Kleidung und Architektur sowie der Reisewege, Dörfer und Städte, weil Gruneweg neugierig und mit der Akribie des gelernten, zumal mehrsprachigen Schreibers überaus anschaulich Reisen durch Nordost- und Südosteuropa, von Danzig über Warschau und Lemberg bis nach Kiew, Moskau und über die Moldau/Walachei bis nach Istanbul beschreibt (Band II). Als Dominikaner im Dienste deutschsprachiger und armenischer Handelsherren führte ihn sein Weg von Lemberg über Krakau und Schlesien quer durch Österreich und Teile Italiens (Padua, Venedig) bis nach Rom, ehe er in Plock an der Weichsel zur Ruhe kam (Band III).

Dabei sind in der Handschrift größere (Warschau, Lemberg) und vor allem viele kleinere Städte, Dörfer und Klöster erstmals beschrieben, wie beispielsweise die „singuläre Notiz über das Kloster Aroneanu in der Moldau“ (S. 1609) belegt. Ihre Auswertung ist also unter anderem lokalgeschichtlich interessant, was auch für die Beschreibung von Kirchenausstattungen und heute verlorenen Gemälden, zum Beispiel des „1605 in Lemberg gestorbenen Malers Pawel Bohusz“, oder für die Ersterwähnung des russischen Musikinstruments „Domra“ (S. 1609) durch einen Ausländer gilt. Für Polen liegen überdies keine weiteren zeitgenössischen Aufzeichnungen über den Klosteralltag am Ende des 16. Jahrhunderts vor, was Grunewegs Dokumentation von Streitigkeiten unter den Dominikanern besonders wertvoll macht, denn die Epoche „der nachtridentinischen Reformen und des Umschwungs“ (S. 1508) war hochbrisant.

Darüber hinaus geben die wesentlich in Band I versammelten Episoden aus der Kindheit in Danzig Auskunft über den Alltag einer hanseatischen Kaufmannsfamilie, die auch deswegen von besonderem Interesse sind, weil Gruneweg sie als Rechtfertigung seines Übertritts zum Katholizismus konzipiert hat. Predigthafte Ermahnungen zu einem gottgefälligen Leben finden sich freilich über das ganze Manuskript hinweg; sie liefern seltene Einblicke in individuelle Motive im Spannungsfeld von Reformation und Gegenreformation. Bereits im Eingang werden Grunewegs Schwager Friedrich Kobis und dessen Sohn Friedrich direkt angesprochen und Gruneweg äußert die Hoffnung, dem „frischen Studenten“ möge gelingen fortzusetzen, was des Verfassers ausgesprochenes Anliegen war: „vergangene geschichte in lebendiger gedechtnusse zu behalten und kunfftigen zeitten lieuern“ (S. 4). Authentisch sind Grunewegs Schilderungen der kriegerischen Auseinandersetzungen Danzigs mit Stefan Bathory, des Hoflebens in Warschau, der Machtkämpfe am Moskauer Hof oder der öffentlichen Zeremonien während der Königskrönung Sigismunds III. in Krakau. Sie geben eigenes Erleben wieder und waren nicht auf größere politische Zusammenhänge oder die repräsentative Mitteilung von Großereignissen der Zeit gerichtet. Solche, aus der Sicht eines Schülers oder Handelsgesellen bzw. eines nicht studierten Dominikaners vorgenommenen Beschreibungen sind für Osteuropa selten. Die Wiedergabe von Intrigen und Auseinandersetzungen im Kloster zu Lemberg und im Anschluss an diverse Konzilien der Dominikaner können ihrer subjektiven Färbung wegen als unmittelbar gelten, denn sie zeigen die jeweiligen Befindlichkeiten des Schreibers und spiegeln so die Aufnahme verordneter Reformen durch einfache Klosterbrüder wider. Gruneweg hat darüber hinaus aufgeschrieben, was er auf den Straßen und Plätzen sah bzw. als Gehilfe eines Hoflieferanten oder später eines an-

gesehenen Fernhandelskaufmanns und endlich als Ordensbruder erlebte oder hörte. Damit hat Almut Bues einen schon ob dieser seltenen Perspektive wichtigen und inhaltsreichen Text der weiteren Forschung zugänglich gemacht.

Die im Frühjahr 2008 nach mehr als zehnjähriger Arbeit abgeschlossene, vom Deutschen Historischen Institut in Warschau geförderte historisch-kritische Edition ist das Ergebnis internationaler Zusammenarbeit. Mitgewirkt haben Regionalspezialist*innen aus Polen, Russland, Deutschland und der Ukraine, wobei der Herausgeberin neben der Koordinierung der Arbeiten und der redaktionellen Vereinheitlichung des Textes die Erstellung des überaus umfangreichen Apparates oblag (Band IV). Dabei folgen die Beschreibung des Manuskripts, die Erläuterungen zu den mitgedruckten (von Gruneweg erstellten) Zeichnungen, die Ausführungen zu den Materialien sowie zur Schrift- und Sprachform den „Empfehlungen zur Edition frühneuzeitlicher Texte“ der „Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen, Arbeitskreis Editionsprobleme der frühen Neuzeit“ (S. 1626). Die Teile „Gliederung der Handschrift“ (S. 1628-1632), „Manuskripteinteilung nach Jahren (ab 1562)“ (S. 1633 f.), der Stammbaum Grunewegs (S. 1635), sein Lebenslauf mit den entsprechenden Textverweisen (S. 1636-1638) sowie das detaillierte Itinerar (S. 1639-1666), das Verzeichnis der von Gruneweg benutzten Literatur (S. 1667-1670), der zitierten Bibelstellen (S. 1671-1684), der benannten Dominikaner (S. 1685-1706) und das äußerst umfangreiche und gut recherchierte Orts-, (S. 1769-1792) bzw. Namens- (S. 1793-1869) und Sachregister (S. 1871-1888) ermöglichen eine problemlose Orientierung in dem umfangreichen Textkorpus und das mühelose Auffinden relevanter Stellen. Außerdem sind Orte, Ereignisse oder Quellen in den Fußnoten unter dem Text in den einzelnen Bänden der Manuskriptedition nachgewiesen und kurz kommentiert. Hier finden sich Hinweise zu Wortbedeutungen und Übersetzungen. Der Anhang in Band IV versammelt auch Karten (S. 1719-1730) und Illustrationen (S. 1731-1750), die wichtige Eindrücke von der Text- und Schriftgestalt, dem Einband, den Wasserzeichen und den Zeichnungen wiedergeben. Hinzu kommen Fotodokumente von Archivalien, die Lebensereignisse bzw. Stationen aus dem Leben des Verfassers (S. 1751-1757) nachweisen. Hilfreich ist das – allerdings nur bis 2007 reichende – Verzeichnis der Literatur zu Gruneweg (S. 1759-1762).

Nicht ganz gelungen erscheint hingegen die Einleitung, die knapper hätte ausfallen können. Zweifelsfrei wichtig sind Ausführungen zur historischen Einordnung einzelner Passagen. Der generelle Abriss „Kirche und Klosterleben“ (S. 1581-1608) in Polen erscheint jedoch unnötig, zumal sich hier unter anderem mit Blick auf den „Consensus von Sandomir“ (S. 1585) Fehler finden, auf die Michael G. Müller hingewiesen hat.² Erläuterungen darüber, welche Schilderungen Grunewegs ins „Reich der Phantasie“ (S. 1495) gehören, sind notwendig. Mit Bemerkungen, sie würden den „Charme der Regenbogenpresse“ (S. 1493) ausstrahlen, wird deren Quellenwert jedoch unzulässig relativiert, zumal dem Autor einige Seiten später mit Blick auf den „Wahrheitsgehalt der Aussagen“ eine „erstaunliche Genauigkeit“ (S. 1498) hinsichtlich der Fakten bescheinigt wird. Berechtigt sind Hinweise auf Forschungsdesiderata, etwa darauf, dass die Handschrift von Germanisten nicht für das

2 Vgl. Michael G. Müller: Almut Bues, Aufzeichnungen, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*. Neue Folge 58 (2010), H. 2, S. 296. Müller merkt auch an, dass Grunewegs „Zeugnis von den innerprotestantischen Bekenntniskonflikten in Danzig in den Sechziger- und Siebzigerjahren des 16. Jahrhunderts nicht systematisch diskutiert“ (ebenda) wird.

„Frühneuhochdeutsche Wörterbuch“ (S. 1510) ausgewertet wurde. Weitgehend überflüssig erscheinen hingegen nacherzählende Passagen zu „Grunewegs Weg in den Orden“ (S. 1526), Ausführungen zum Zölibat und hier besonders zur aktuellen (!) Diskussion um die „Zulassung von Frauen zur Ordination“ (S. 1527) bzw. dem möglichen oder unmöglichen Charakter eines Ordensmannes als „third gender“ (S. 1529). Spekulationen über eine mögliche „Hemmungshomosexualität“ (S. 1529) als Ursache für Grunewegs verdrängte homoerotische Neigungen gehören nicht in eine Einleitung; hier hätte der Hinweis auf notwendige mentalitätsgeschichtliche bzw. psychologische Forschungen ausgereicht. Dasselbe trifft zu auf den Teil „Visionen“ (S. 1613-1622). Überflüssig sind auch die zwar informativen, allerdings bereits 1998 andernorts erschienenen Ausführungen der Herausgeberin zur „päpstlichen Politik gegenüber Polen-Litauen zur Zeit der ersten Interregna“³ und die Bemerkungen zur Kreuzsymbolik (S. 1622-1625). Insofern ist Michael G. Müller zuzustimmen, der kritisch angemerkt hat, dass es Almut Bues im Kommentar nicht gelungen ist, den „Kontakt mit der aktuellen Forschungsdiskussion“⁴ herzustellen.

Allerdings, das sei abschließend mit Nachdruck betont, schmälert das die insgesamt verdienstvolle und arbeitsintensive Leistung der Herausgeberin keineswegs, die einen originellen und wichtigen Quellentext kommenden Forschungen gut aufbereitet zur Verfügung gestellt hat. Dafür sei Almut Bues und ihren Mitarbeiter*innen an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Frank Steffen, Leipzig

3 Vgl. Almut Bues: Die päpstliche Politik gegenüber Polen-Litauen zur Zeit der ersten Interregna, in: Alexander Koller: Kurie und Politik: Stand und Perspektiven der Nuntiaturberichtsforschung, Tübingen 1998, S. 116-136.

4 Müller, Rezension (wie Anm. 2), S. 296.

Melanie Arndt: Tschernobylkinder. Die transnationale Geschichte einer nuklearen Katastrophe, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht Co. KG 2020, 499 S., ISBN: 978-3-525-35208-3.

Melanie Arndt kommt in der vorliegenden überarbeiteten Version ihrer 2018 an der Universität Regensburg eingereichten Habilitationsschrift zu dem Schluss, dass trotz der Katastrophenerfahrung „die Mehrheit der Befragten ‚Tschernobylkinder‘ die Nutzung der Atomenergie [befürwortet]“ (S. 403) und liefert damit eine Erklärung für die am 07.11.2020 auf den ersten Blick verblüffend widerstandslos über die Bühne gegangene Eröffnung des belarussischen KKW Ostrowez.

Mit dem insgesamt gelungenen Versuch einer am Beispiel der „Tschernobylkinder“-Verschickung exemplifizierten Verbindung der Konzepte „Transnationalitäts-“ und „Kulturtransferforschung“ verweist die Autorin, die als Kennerin des politischen, medialen wie humanitären Umgangs mit Folgen der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl (1986) bestens ausgewiesen ist,¹ implizit also auf Grenzen des Transfers. Einerseits haben nämlich

1 Vgl. Melanie Arndt: Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen 2012; und dies.

die „networks of concern“ Tschernobyl erst „als transnationale Katastrophe“ (S. 415) sichtbar gemacht. Arndt kann hierbei zeigen, wie die „Aushandlungsprozesse auf allen Ebenen [...] zwischen den Gastfamilien und den Kindern, den Gastfamilien und den Begleitpersonen, den Organisationen vor Ort und im Heimatland der Kinder, den Eltern der ‚Tschernobylkinder‘ und nicht zuletzt den staatlichen Institutionen“ zum Austausch von Ressourcen und „allen voran Wissen“ (S. 413) geführt haben. Andererseits wird aber auch deutlich, in welchem hohen Maße, trotz Katastrophen- und Auslandserfahrung, offensichtliche Widersprüche nebeneinander stehen bleiben konnten und von den Beteiligten – siehe oben – nicht zwangsläufig Schlussfolgerungen gezogen wurden, wie man sie in Deutschland vielleicht erwartet hätte.

Die verdienstvolle Untersuchung eines Länder und Kontinente übergreifenden Netzwerks von Privatpersonen, Politikern und nichtstaatlichen Organisationen jenseits der bisher vorherrschenden Beschränkung auf zivilgesellschaftliches Engagement, internationale Organisationen, Migration, Diaspora und interethnische Beziehungen oder Transkulturalität² nimmt in der Tat „transnationale“ Transferprozesse in den Blick. Eine Ausnahme bildet die Darstellung der internationalistischen Hilfe Kubas, dessen „Generalkonsul in Kiew als Erster auf den Hilferuf des ukrainischen Komsomol im Februar 1990 reagiert hatte“ (S. 206). Die Inselrepublik blieb das einzige Land, das „Tschernobylkinder“ im Rahmen eines staatlichen Programms medizinisch versorgt hat. Da ansonsten „in mehr als dreißig Staaten – von Australien bis Zypern“ (S. 419) nichtstaatliche Hilfsorganisationen tätig waren, konnte diese Vielzahl von Initiativen in einer einzelnen Studie verständlicherweise nicht aufgearbeitet werden.

Aufgrund des Umfangs der Hilfen und wegen der Bedeutung des Aufeinanderzugehens von Bevölkerungsgruppen, die sich bisher als verfeindet begriffen hatten, richtet Melanie Arndt den Fokus auf die „Belorussische Gemeinnützige Stiftung ‚Den Kindern von Tschernobyl‘“ und deren Zusammenarbeit mit US-amerikanischen NGOs der 1998 gegründeten Dachorganisation „Children of Chernobyl United States Alliance (CofCUSA)“. Materialreich und fakten gesättigt werden das Zustandekommen grenzüberschreitender zivilgesellschaftlicher Aktivitäten sowie die Bewältigung interkultureller Probleme (Kulturschock) beschrieben. Diese reichten von Missverständnissen, die beim Aufeinandertreffen von religiös motivierter Wohltätigkeit und sowjetischer säkularer Erziehung zwangsläufig entstanden, bis hin zum Konsumverhalten und einer sich ausbildenden Anspruchshaltung der Gäste.

Letzteres ist freilich nicht zu verwechseln mit der zunehmenden Emanzipation osteuropäischer Träger von „westlich“ gedachten Strategien der Konfliktbewältigung, wenn es

(Hrsg.): Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. (Ost-)Europäische Perspektiven, Berlin 2016. Die Autorin war u.a. von 2008 bis 2012 als Leiterin des internationalen Forschungsprojekts Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. Belarus, Ukraine, Russland (1986–2006) am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschungen tätig und verantwortete (zus. mit Klaus Gestwa, Universität Tübingen und Marc Elie, CNRS, Paris) von 2014 bis 2017 das Projekt Umweltzeitgeschichte der Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten, 1970–2000. Ökologische Globalisierung und regionale Dynamiken am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg.

- 2 Vgl. u.a. Jörg Hackmann, Peter Oliver Loew: Transnationalität und Verflechtung im östlichen Europa. Forschungsgeschichte und Perspektiven, in: Jörg Hackmann, Peter Oliver Loew (Hrsg.): Verflechtungen in Politik, Kultur und Wirtschaft im östlichen Europa. Transnationalität als Forschungsproblem, Wiesbaden 2018.

beispielsweise um die Ablehnung einer Einbeziehung des belarussischen Staates ging. Dem gegenüber standen die moralischen Dilemmata der Helfenden, die darunter litten, dass „nur einem geringen Anteil der ‚Tschernobylkinder‘ geholfen werden konnte“ und es auch „zahllose hilfsbedürftige Kinder im eigenen Land gab“ (S. 328).

Aufgrund dieses Fundus an Einsichten und der Menge an Hinweisen auf Forschungsdesiderata – zu nennen wären hier insbesondere Fragen nach den „Führungsstile(n) in sozialen Bewegungen“ (S. 236), nach Auswirkungen der Reisen „auf die psychische Gesundheit der ‚Tschernobylkinder‘“ (S. 363) oder nach Impulsen für die „erhoffte Demokratisierung der Gesamtgesellschaft“ (S. 255) bzw. die nach der mobilisierenden, aber auch Enttäuschungen nach sich ziehenden „‚Romantik‘ des Engagements“ (S. 257) – werden deutsche Leser*innen die nur sporadische Berücksichtigung einschlägiger Initiativen aus Deutschland oder Italien bedauern. Diese kommen nur am Rande vor, im Zusammenhang mit politischen Skandalen wie dem Vorwurf der Veruntreuung von Spendengeldern in der „Frontal-Sendung des ZDF zum zehnten Jahrestag der Katastrophe am 30. April 1996“ (S. 256) bzw. anhand einzelner Momentaufnahmen wie dem 2010 in Italien verfilmten „Fall Vika Moroz“ (S. 380-384). Letzterer war allerdings wichtig, weil der Versuch der italienischen Gastfamilie, ihrem „Tschernobylkind“ die Rückkehr in ein belarussisches Kinderheim zu ersparen, zu diplomatischen Verwicklungen führte und endlich, nach einem ähnlich gelagerten Fall in den USA 2009, die Einstellung der Programme mit Belarus nach sich zog. Das Beispiel zeigt auf ernüchternde Weise, inwieweit das theoretische Konzept Transnationalität, das eigentlich auf Überwindung eines Denkens im Rahmen bloß nationaler Container zielt, praktisch doch an Staatlichkeit und nationale Politiken gebunden bleibt.³

Davon abgesehen sieht man, wie aufschlussreich ein Vergleich des US-amerikanischen mit dem Engagement in anderen Ländern gewesen wäre, da so die Vielgestaltigkeit von Motivationen und Handlungsweisen vor der Folie kultureller Prägungen der jeweiligen Länder noch besser hätte gezeigt und unterschiedliche wie ähnliche Verhaltensmuster einsichtig hätten aufgewiesen werden können. Dafür wären Kürzungen im vierten Kapitel vertretbar gewesen, das sich m.E. etwas zu ausführlich mit Aktivitäten einzelner Persönlichkeiten und zumeist karitativer Hilfsorganisationen beschäftigt. Mit Blick auf Transnationalität betrifft das auch das dritte Kapitel („Die sowjetischen ‚Tschernobylkinder‘“), wobei beide Abschnitte deshalb nicht unwichtig sind. Illustriert wird der viel zu wenig öffentlich verankerte Befund, nach dem es falsch sei, dem sowjetischen Staat pauschal vorzuwerfen, „er habe keinerlei Schutzmaßnahmen für seine Kinder und den Rest der Bevölkerung vorgenommen“ (S. 416). Interessant sind natürlich auch die späteren Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit postsowjetischer Staatlichkeit.

Melanie Arndt gelingt es auf diese Weise überzeugend, das Ziel ihrer Studie einzulösen, „die sozialen und politischen Folgen des Zusammentreffens einer nuklearen Katastrophe mit dem Untergang einer Weltordnung – dem Kalten Krieg – mittels einer ‚Mikrogeschichte

3 Andreas Langenohl spricht in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit „diejenigen Arbeiten zu Transnationalisierung in Erinnerung zu halten, die den Staat und die Nation als nach wie vor höchst relevanten Akteur (Staat) und als ausgesprochen gebieterische Imagination (Nation) begreifen“, denn anzuerkennen seien „die Schließungsmacht staatlicher Institutionen und die Inklusions- und Exklusionsmacht der nationalen Idee“. Andreas Langenohl: Transnationalisierung aus Sicht der Soziologie und Anthropologie, in: Hackmann, Loew, Transnationalität (wie Anm. 2), S. 76.

des Globalen‘ am Phänomen der ‚Tschernobylkinder‘ zu untersuchen“ (S. 20). Hier kann sie für die westliche Seite den Beitrag des Programms für das Aufbrechen des überkommenen Blockdenkens und zur Etablierung eines neuen Bewusstseins „für die Vielfältigkeit des postsowjetischen Raumes“ (S. 332) zeigen. Für die östliche Seite wird sichtbar, welche Rolle die Auseinandersetzungen um die „Tschernobylkinder“-Verschickung für die Delegitimierung und letztendlich den Untergang der Sowjetunion gespielt haben, da erst durch die Beschäftigung mit dem Schicksal der Kinder „aus der kontrollierbaren Havarie in der Wahrnehmung der Bevölkerung eine Katastrophe großen Maßstabs werden konnte“ (S. 168).

Die beachtlichen Wirkungen, die der Aufbau des Hilfsnetzwerks und die Kinderreisen hatten, sind jedoch nicht der einzige Schwerpunkt der Untersuchungen. Mindestens ebenso wichtig ist die Herausarbeitung der kaum aufzulösenden Konflikte, die sich trotz aller Solidarität und Hilfsbereitschaft mit der Zeit aus der Ungleichheit der Ressourcen, aus dem daraus resultierenden paternalistischen Dominanzverhältnis der Helfenden zu den Bedürftigen und endlich aus dem Aufeinanderprallen eines eher individualistisch bzw. christlich motivierten Engagements mit Vorstellungen einer auf das Kollektiv gerichteten staatlichen Fürsorge ergaben. Dafür, dass solche Bruchlinien die Programme letztlich nicht in Frage stellten, sondern ihr Hintenanstellen Schritt für Schritt zu einer Professionalisierung führte, macht Melanie Arndt die besondere Aura des zu schützenden Kindes verantwortlich. Aus dieser Perspektive verwundert die gendermäßige „Selbstbefähigung (*empowerment*)“ durch die „Vernetzung zwischen aktiven Frauen“ (S. 324) kaum, bleibt dessen ungeachtet jedoch ein zu Recht herausgehobenes Resultat der einzigartigen Hilfsaktion. Eher von selbst versteht sich demgegenüber die Rolle interkultureller Erfahrungen von Millionen von Kindern, jungen Erwachsenen und ihren Begleiter*innen für deren Horizonterweiterung, auch wenn – siehe oben – „die Mehrheit der Bevölkerung [von Belarus, F. S.] und die politischen Funktionsträger*innen [...] sich nicht so einfach umerziehen [ließen]“ (S. 255). Die massiven, vor allem von der städtischen Jugend getragenen Proteste des Jahres 2020 gegen die Wahlfälschungen Lukaschenkos könnten diese Einschätzung allerdings relativieren. Insofern liefert die Arbeit mit Blick auf die Nachhaltigkeit transnationalen Kulturtransfers interessante aktuelle Anknüpfungsmöglichkeiten für eine weitere Beschäftigung mit dem Thema.

Abschließend seien die gute Lesbarkeit und das Bemühen um sachliche und ausgewogene Bewertung der geschilderten Vorgänge hervorgehoben.⁴ Man merkt dem Text die Betroffenheit der Autorin an, die in den 1990er Jahren als Freiwillige der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der Stiftung Den Kindern von Tschernobyl und später in einem Kinderheim für „Tschernobylkinder“ in Minsk gearbeitet hat. Aus diesen persönlichen Verbindungen ergaben sich Möglichkeiten für Interviews, auf denen – unter Einbeziehung einer Fülle von Archivmaterial – die Studie basiert. Der Problematik, als Historikerin immer zugleich Teil der Geschehnisse zu sein, die sie aufarbeitet, ist sich Melanie Arndt bewusst. Einschränkend hebt sie hervor, „nur bedingt Einfluss auf die Auswahl ihrer Interviewpartner*innen“ gehabt zu haben, da die vermittelnden Organisationen wohl „eine Vorauswahl trafen“

4 Das gilt ungeachtet einiger im hier referierten Zusammenhang weniger relevanter Schwachpunkte, auf die Anna Veronika Wendland hingewiesen hat: In der Tat sind einige dosimetrische Angaben widersprüchlich und methodisch „kontrollierte, referierte internationale Langzeitstudien stehen unkommentiert als gleichwertige Position neben alarmistischen NGO-Quellen und nicht referierten Quellen“ (<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-29537> vom 5.1.2021).

(S. 425), was für einen methodologisch bewussten und letztlich souveränen Umgang mit der Problematik eines zumindest in Teilen an der *oral history* orientierten Vorgehens spricht.

Im Ganzen sind die Wertungen und Ergebnisse der Arbeit daher gut nachvollziehbar und die zitierten Aussagen ehemaliger Verantwortlicher wie Betroffener illustrieren die widersprüchliche Dynamik der analysierten Prozesse: „Indem die Helfenden als authentische Expert*innen auftraten – Flyer entwarfen, Vorträge hielten und Interviews gaben – produzierten, ordneten und transferierten sie Wissen und Unwissen. Eine tiefgründige Gesamtschau der ökologischen, politischen und sozialen Lage in den Herkunftsländern der ‚Tschernobylkinder‘ ergab sich dabei in der Regel nicht.“ (S. 424) Diese Schlussfolgerung verweist über den thematischen Rahmen hinaus auf die Notwendigkeit differenzierter und eng am Gegenstand orientierter Analysen des netzwerkbasierten Kulturtransfers in transnationaler Perspektive, womit die Studie auf wichtige Aspekte zur Entwicklung des Konzepts hinweist. In diesem Sinne sei das Buch einer breiten Leserschaft wie auch Fachwissenschaftler*innen empfohlen.

Frank Steffen, Leipzig

Julia Austermann: Visualisierungen des Politischen. Homophobie und queere Protestkultur in Polen ab 1980, Bielefeld: transcript Verlag 2021, 370 S., ISBN: 978-3-8376-5403-5.

Homofeindlichkeit hat in der Republik Polen derzeit Konjunktur. Ein vorläufiger Höhepunkt der homofeindlichen Hetze wurde 2019 mit der Errichtung der sogenannten LGBT-freien Zonen (poln.: *strefy wolne od ideologii, LGBT*) erreicht. Eine Gemeinde, ein Landkreis (*powiat*) oder eine Woiwodschaft (*województwo*) kann sich als frei von LGBT-Ideologie erklären. Diese symbolpolitische Maßnahme zielt darauf ab, klar zu signalisieren: Menschen, die innerhalb dieser Zonen leben und nicht der heterosexuellen Norm entsprechen, sind nicht erwünscht. Sie werden stigmatisiert und ausgegrenzt. Im Sommer 2020 gab es etwa 50 Städte, Gemeinden, Landkreise und Provinzen, die diese Zonen errichtet hatten.¹ Seit dem Regierungsantritt der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*) 2015 verdichtet sich die Feindlichkeit gegenüber nicht-heterosexuellen Menschen auch von staatlicher Seite.

Zu diesen brisanten gegenwärtigen Entwicklungen hat die Medienhistorikerin und Kulturwissenschaftlerin Julia Austermann 2019 eine Dissertation vorgelegt. In ihrer Arbeit erforscht sie polnische Text- und Bildkonvolute aus den Jahren von 1980 bis 2015, die Auskunft geben über Homophobie sowie deren Sichtbarmachung und Bekämpfung. Der Umgang mit einer Minderheit beleuchtet die Verfasstheit der Mehrheitsgesellschaft. Welche Normen und Werte bestimmten das Zusammenleben in verschiedenen polnischen politischen Systemen? Wer gehörte dazu, wer nicht? Wer wurde sichtbar gemacht, wer musste unsichtbar bleiben? Und was hat dies mit der Gegenwart zu tun?

Julia Austermann forscht am Zentrum für Gender Studies der Universität Siegen zu visueller Kultur, Mediengeschichte, Queerer Geschichte und versteht ihre Arbeit explizit als Teil einer Geschichte der Homosexualität in Polen.

1 „Atlas Nienawiści – Atlas of Hate“, <https://atlasnienawisci.pl/> [letzter Zugriff: 2.3.2022].

Bilder prägen ganz massiv unsere Vorstellung davon, was möglich und normal ist. Julia Austermann untersucht in ihrer Arbeit die verschiedenen Bildwelten von homophobem und queerem Protest und deren Strategien. Folgende Fragen sind dabei zentral: Wie und durch welche Medienpraktiken wurde die Homosexuellenbewegung in Polen sichtbar und welche Visualisierungsstrategien sind bei organisierten homophoben Aktionen verwendet worden? Mit welchen Bild- und Emotionalisierungsstrategien haben die homophoben Gruppierungen einerseits und die queeren Protestbewegungen andererseits in der Öffentlichkeit agiert beziehungsweise aufeinander reagiert (S. 21)?

Austermann arbeitet heraus, dass sich die Bezeichnungen, die visuellen Strategien und die damit verknüpften emotionalen Effekte von queeren und homofeindlichen Bewegungen in den drei von ihr untersuchten Zeiträumen wandeln. Zwischen 1980 und 1991 bezeichneten sich homosexuelle Männer vor allem als *inaczej* (anders). Von gesellschaftlicher und staatlicher Seite wurden Homosexuelle im Zusammenhang mit dem Aufkommen von HIV/Aids als krank, kriminell, promiskuitiv und pädophil und als „Kollaborateure mit dem kapitalistischen Westen“ markiert. Hiergegen wurden in künstlerischen Arbeiten vor allem homosexuelle ästhetische Gegenstrategien entworfen, um der erdrückenden Homofeindlichkeit eine eigene Utopie entgegenzusetzen.

Nach 1989 institutionalisierte sich die Homosexuellenbewegung und wurde (trans-)national sichtbar. HIV/Aids spielte weiterhin eine große Rolle. Personen outeten sich allerdings in den meisten Fällen nicht öffentlich. Teilnehmer:innen von queeren Protesten in Polen thematisierten vor allem die Unsichtbarkeit von Homosexualität. Die Proteste nahmen im Laufe der 1990er Jahre beständig zu und verstärkten sich Anfang der 2000er Jahre mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union. Künstlerisch wurde vor allem die Trauer und Ohnmacht im Kontext von HIV/Aids verarbeitet und die Notwendigkeit, ohne öffentliches *Outing* ständig eine Art Maske tragen zu müssen. Staatlich wurde Homosexualität und HIV/Aids als Gefahr aus dem „promiskuitiven Westen“ interpretiert, welche die polnische Nation und die heteronormative Kleinfamilie bedrohe. Eine Zäsur lässt sich erkennen mit der Kampagne *Niech nas zobaczq* (Lass sie uns sehen) der *Kampania przeciw homofobii* (Kampagne gegen Homophobie, KPH) im Jahre 2003 und dem Verbot der *Parada Równości* (Parade der Gleichheit) in den Jahren 2004 und 2005 durch den damaligen Warschauer Bürgermeister (und heutigem polnischen Staatspräsidenten) Lech Kaczyński. Statt sich als anders und defizitär zu begreifen, zielte der queere Protest nun darauf ab, einen legitimen Gegenentwurf zur polnischen heterosexuellen Kleinfamilie zu entwerfen und Formen von nicht-heterosexuellen Lebensformen als „normal“ und „polnisch“ darzustellen. Diese Legitimierungsstrategie rief neue homofeindliche Attacken hervor. Vor allem rechtsextreme Bewegungen und ihre Ausgrenzungsrhetorik gegenüber Homosexuellen spielen seit Beginn der 2000er Jahre im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Polens eine Rolle. Dies war insbesondere während der ersten Regierungsbeteiligung der Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (Recht und Gerechtigkeit, PiS) (2005–2007) der Fall, war aber auch während der Periode der *Platforma Obywatelska* (Bürgerplattform, PO) unter Donald Tusk (2007–2011, 2011–2015) zu beobachten. Homosexualität wurde von Rechtsextremen und katholischen Fundamentalist:innen insbesondere als Angriff auf das katholische Polen und die Integrität der polnischen heterosexuellen Kleinfamilie interpretiert.

Austermann hat für ihre Dissertation in einigen Archiven – beispielsweise dem Archiv der Organisation *Kampania przeciw homofobii* in Warschau – geforscht sowie Interviews

mit Aktivist:innen geführt und dabei wertvolles Material zur queeren Geschichte Polens zusammengetragen und bearbeitet. Ihre Studie ist auch deswegen relevant, weil sie ein Stück queerer polnischer Geschichte sichtbar macht.

Austermann geht transdisziplinär vor: Sie untersucht die homophoben und queeren Proteste und deren spezifischen emotionalen Effekte. Dem Diskursbegriff nach Foucault folgend, erzeugen Bilder eine Wirklichkeit. Wer oder was gezeigt wird, ist politische Aushandlung und höchst relevant für die materiellen Lebenschancen von Personen oder Gruppen, die nicht gezeigt werden. Sie unterfüttert ihre Analyse mit Theorien zur Heteronormativitätskritik von Judith Butler („Gender Trouble“), Eve Sedgwick Kosofsky („The Epistemology of the Closet“) und Michel Foucault („Sexualität und Wahrheit“). Den emotionalen Effekten geht Austermann mit der Methode der *photo elicitation* nach. Diese Methode entstammt der visuellen Soziologie. Demnach zeigt der:die Interviewer:in ein vorher ausgewähltes Bild, um dann die Reaktionen der:des Interviewten beobachten und interpretieren zu können. Die Auswahl dieses Forschungsdesigns für die anvisierten Fragen ist gut gelungen. Politischer Protest zielt notwendigerweise auf Emotionen ab; oftmals ist es aber gar nicht so leicht, diese nachträglich für eine historische Epoche wissenschaftlich zu ergründen.

Austermann verwendet in der Periodisierung ihrer Analyse der „visuellen Homofeindlichkeit“ die zeitliche Einteilung des polnischen Historikers Błażej Warkockis. Diese umfassen erstens „Die frühe Emanzipationsphase“, „Die Anderen“ (1981–1990), zweitens „Die schwul-lesbische Emanzipation“ (1990–2003) und drittens die „Sichtbarkeit im öffentlichen Diskurs, die Politisierung der Homophobie“ (2004–2015). Forschungen zu homophoben und queeren Protesten (vor allem rund um die *Parada Równości*, die seit 2004 stattfindet) in Polen gibt es allerdings keine, die die Wirkmächtigkeit der Bilder solcher Proteste thematisieren. Damit schließt Austermann eine bedeutende Forschungslücke.

Besonders auffällig ist erstens die kritische Einordnung des Begriffes „queer“, welchen Austermann als Analysebegriff verwendet. Queer benutzt sie als Raster, das zunächst Personen und Bewegungen erfassen soll, die außerhalb der heteronormativen und cisgeschlechtlichen Norm liegen. Der Begriff queer wird aber begriffsgeschichtlich aufgearbeitet und in den sozialhistorischen Kontext eingebettet. Queer bedeutete und bedeutet in Polen etwas Anderes als in Westeuropa.

Zweitens präzisiert und kontextualisiert Austermann, wer genau unter dem Begriff „Homophobie“ angegriffen wird. Darunter wird nicht ausschließlich die Angst, der Ekel und die Feindlichkeit gegenüber nicht ausschließlich heterosexuellen Männern bezeichnet, sondern ein wahrgenommener Angriff auf Männlichkeit. Damit ist auch zu erklären, warum nicht nur schwule/bisexuelle Männer von Katholik:innen und extremen Rechten angegriffen werden, sondern auch Frauen, die ihre Rechte einfordern sowie Transmenschen (die die cisgeschlechtliche binäre Geschlechternorm in Frage stellen).²

2 „Homophobe Bildpraktiken in Polen fokussieren im Besonderen auf homosexuelle Männer, die daher im Zentrum dieser Arbeit stehen. Ich verwende den Homophobiebegriff als eine analytische Kategorie, um diskriminierende Sprache und die damit verbundenen Visualisierungen gegen homosexuelle Männer zu beschreiben. Die Homophobie in Polen ist nicht als Angst vor Homosexualität zu begreifen, sondern in Rekurs auf eine feministisch ausgerichtete Gender- und Queerforschung als konstitutives Element der systemischen Unterdrückung alternativer Männlichkeiten und auch der Frauen“, aus Julia Austermann: Visualisierungen des Politischen. Homophobie und queere Protestkultur in Polen ab 1980, Bielefeld 2021, S. 17.

Durch die Arbeiten der Gender-/Queer Studies und der Geschlechtergeschichte wissen wir, dass spezifische Formen des Begehrens und ihre Normalisierung – und auf der anderen Seite die Pathologisierung von anderem Begehren – eine spezifische Geschichte haben. Austermann zeichnet die Benachteiligung von allen Formen von *queerness* und die Bevorzugung einer ganz bestimmten Form von heterosexuellen Begehren auf der visuellen Ebene nach. Bilder sind derart wirkmächtig, dass sie eine Normalisierungsfunktion haben: Was (nicht) gezeigt wird, prägt die Vorstellungswelt und damit die Chance der Realisierung in der Gegenwart. Austermanns Untersuchung liefert eine Darstellung der Entwicklung von Homofeindlichkeit, die die aktuellen homofeindlichen Strategien der regierenden PiS („Prawo i Sprawiedliwość“) historisch kontextualisiert. Sie kommt zu dem Schluss, dass „die politische Homophobie von Nationalist*innen, Rechtsextremist*innen und katholischen Fundamentalist*innen in Polen und der Welt dazu [dienen], traditionelle Geschlechter- und Sexualitätsnormen und die Vorherrschaft der hegemonialen (weißen) Männlichkeit zu rechtefertigen“ (S. 289).

Wichtig und anregend an Austermanns Werk ist, dass sie auch die queeren Antworten und Interventionen untersucht, die auf die homofeindlichen Attacken folgten. Queere Personen, die in der Öffentlichkeit diskriminiert werden, werden oft vorschnell als passive Rezipient:innen ihres Schicksals dargestellt. Dass sich queere Personen zur Wehr gesetzt, ihre eigenen Ästhetiken und Strategien entworfen haben, um mit dem lebensfeindlichen Umfeld, dem sie sich ausgesetzt sahen, umzugehen, wird in Austermanns Untersuchung konzipiell deutlich. Exemplarisch möchte ich hier auf Ryszard Kisiels „Posen des homosexuellen Protests“ zum Ende des realsozialistischen Polens (S. 116-128) eingehen. Kisiel, ein Aktivist für die Rechte von Homosexuellen, kreierte und veröffentlichte Mitte der 1980er Jahre das erste Homosexuellenmagazin in Polen, das „Filo“. Austermann untersucht und kontextualisiert Kisiels aktivistische Arbeit und bringt auch ein Archiv von Fotoaufnahmen zur Analyse. Auf einigen dieser Aufnahmen posierte Kisiel selbst in sogenannter Frauenkleidung und schuf so einen Gegenentwurf zum realsozialistischen Ideal der starken, stählernen, heteronormativen Soldaten-Männlichkeit. Die Diskriminierung und Unsichtbarmachung von queerem Begehren im realsozialistischen Polen führte dazu, dass schwule Männer ihre Sexualität ausschließlich in Privaträumen ausleben konnten. Kisiels Fotografien stellen ein Zeugnis einer queeren Gegenästhetik dar, die sich gegen die rigiden Vorstellungen von Geschlechtsperformance und Sexualität auflehnte und andere Formen von Männlichkeiten sichtbar machte.

Austermann thematisiert am Schluss ihrer Arbeit selbst, dass der Fokus ihrer Studie vor allem auf männlicher Homosexualität liegt. Das hat seinen Grund vor allem darin, dass die verschiedenen homofeindlichen Strategien seit den 1980er Jahren auf der Erhaltung einer heterosexuellen, cisgeschlechtlichen Männlichkeit lagen.³ Dementsprechend findet sich in ihren Ausführungen wenig über Lesben und bisexuelle Frauen oder über Strategien von

3 Hier wird das Paar cisgeschlechtlich – transgeschlechtlich folgendermaßen verwandt: Cis bedeutet, dass einer Person bei ihrer Geburt ein gewisses Geschlecht zugewiesen wurde und diese Person diese Geschlechtsidentität sowohl für sich selbst annimmt als auch sie nach außen performt. Trans bedeutet demnach, dass eine Person ein gewisses Geschlecht bei der Geburt zugewiesen bekam, dieses Geschlecht aber als inkongruent mit der eigenen Geschlechtsidentität wahrnimmt und im Laufe des Lebens in ein anderes Geschlecht transitioniert (übergeht).

und gegen transgeschlechtliche Personen. Interessant wäre allerdings, die transgeschlechtliche Perspektive stärker in den Blick zu nehmen. Zu fragen, inwiefern Diskurse über Geschlecht, Körper und Sexualität ineinander verwoben werden und zur Propagierung einer explizit cisgeschlechtlichen, heterosexuellen Norm führen, könnte den Blick auf die Normalisierungsprozesse noch einmal schärfen. Außerdem behandelt Austermann nicht die homofeindlichen Strategien und queeren Gegenstrategien in den sozialen Medien. Diese sind spätestens seit 2011 aus der politischen Kommunikation nicht mehr wegzudenken. Austermann führt in ihrer Einleitung auch prominent ein Beispiel auf Twitter an. Dort postete der PiS-Politiker und Senatsmarschall Stanisław Karczewski während des Wahlkampfs 2019 einen Tweet mit einem homofeindlichen Piktogramm (S. 10 f.). Sie thematisiert allerdings nicht die Spezifität von Diskursen in sozialen Medien und v.a. auf Twitter. Dies schmälert die Leistung ihrer Arbeit jedoch in keiner Weise – zukünftige Arbeiten könnten sich mit online veröffentlichten homofeindlichen Strategien beschäftigen und dabei auf die wertvollen Ergebnisse von Austermanns Arbeit zurückgreifen.

Anton Schulte, Halle/Saale

Marianne Zückler: Osteuropa Express. Erzählungen über Freiheit, Liebe, Sexualität und Ausgrenzung, Berlin u.a.: Europa Verlag 2017, 240 S., ISBN: 978-3-95890-079-0.

Der von Marianne Zückler verfasste und von der Robert Bosch Stiftung „Grenzgänger“ sowie der Akademie Schloss Solitude geförderte dokumentarische Erzählband „Osteuropa Express“ enthält Essays über „Freiheit, Liebe, Sexualität und Ausgrenzung“ von Protagonist*innen der LGBT-Community, die in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung ein nonkonformes Leben führen; ein Leben zwischen Hoffen, Bangen und Hoffungslosigkeit, zwischen *Coming-out*, *Outing* und Verstecken, zwischen Anpassung und Aufbegehren, zwischen Glück und Leid. Das Thema ist insbesondere für das östliche Europa aktuell, zumal ebendort Menschen mit nichtbinären sexuellen Orientierungen noch immer auf große und vielfache Probleme stoßen.

Ob jedoch die Art der Darstellung bzw. Abhandlung des Themas – abgesehen von oder gerade wegen der gesellschaftspolitischen Brisanz und der Einbettung in die ostmitteleuropäische Zeit- und Gegenwartsgeschichte, vor allem im Genre Gendergeschichte – große Relevanz für eine Besprechung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift besitzt, ist allerdings fraglich und daher nicht eindeutig zu beantworten. Es liegt nicht am Thema und auch nicht an den Fragestellungen, die sich erst nach eingehender und interpretativer Lektüre der Kapitelüberschriften und des Buchrückens allmählich erschließen. Es liegt vielmehr an der Machart des Erzählbandes, dem jede erwartbare formale Struktur von der Einleitung über die Fragestellung bis zur *Conclusio* fehlt, die es der Leserschaft auch verraten würde, wie diese „Recherchen und Gespräche mit LGBTs“ zwischen „2014 und 2015 in Deutschland, Lettland, Litauen, Ungarn und Polen“ (S. 239) (durch-)geführt wurden (*Oral History*-Interviews?), ob ein Fragenkatalog die Interviews leitete oder, ob es einen anderen Leitfaden gab. Die Fragenkategorien bzw. Betreffe können aus den 20 durchwegs innovativen Kapitelüberschriften erschlossen werden; sie folgen zwischen den Seiten 9 und 238 dem biologischen Lebenszyklus (Von „In die Welt gestellt“ bis „Bleiben oder gehen?“).

Ohne einschlägige Kenntnis der Geschichte des östlichen Europas seit den 1980-er Jahren bleiben die Erzählungen unverständlich und kaum reflektierbar. Klar deklariert ist nur das Sample, nämlich die Zahl acht der Protagonist*innen, die laut Autorin „frei erfunden“ (S. 239) wurden. Heißt das im Umkehrschluss, dass die auf der Innenseite des Bucheinbandes angeführten Personen (Student, Garderobiere, Steuerberaterin, Businessfrau, Koch, Projektmanagerin, Landschaftsarchitekt, Musikerin) gar nicht existier(t)en? Dabei hätte dieses Thema Potential offenzulegen, wo es im östlichen Europa die größten Probleme für Menschen mit nichtbinärer sexueller Orientierung gab und gibt, warum nicht nur die Kirche, sondern auch die (ehemals kommunistische und gegenwärtige) Partei(en)landschaft in Teilen der Gesellschaft ihre patriarchal-homophoben Gefühle und Auswüchse über alle Konfessionen und Ideologien hinweg konserviert haben und dem Missbrauch nichts entgegenzusetzen wussten und wissen. Das würde allerdings voraussetzen, dass die dokumentierten Aussagen der Gesprächspartner*innen wissenschaftlich analysiert und kommentiert worden wären. Nach Lektüre des Buches bleiben wegen der fehlenden Struktur fragmentierte Erinnerungen an Algis, André/Andrea, Anna, Asenka, Breda, Eszter, Kazimierz und Krisztina, sowie ein Gefühl der Ohnmacht angesichts ihrer Schicksale. Vielleicht war es auch die Absicht der freien „Autorin und Dozentin für dokumentarisch-biographische Theaterarbeit“ (siehe Innenseite des Buchrückens), weniger dem Wissenschaftskanon zu folgen und viel mehr mittels schriftstellerischer Freiheit Betroffenheit und Nachdenklichkeit bei der Leserschaft zu evozieren? Die Rezensentin sieht jedenfalls eine vertane Chance, mittels wissenschaftlicher Aufbereitung das menschenunwürdige Verhalten von Kirche, Politik und Gesellschaft gegenüber LGTBs in Osteuropa sichtbar zu machen, eine vertane Chance, hinzuweisen und wachzurütteln. Trotz aller Monita ist das Buch wegen der gesellschaftspolitischen Relevanz aber empfehlenswert für jene, die sich mit der Gesellschafts-/Gendergeschichte und deren Einbettung in den politischen Kontext des spätkommunistischen und postkommunistischen, also in Transition befindlichen Osteuropa beschäftigen und die die dokumentierten Erzählungen der acht Protagonist*innen – seien sie nun fingiert oder nicht – über „Freiheit, Liebe, Sexualität und Ausgrenzung“ als sekundäre Quelle heranziehen und analysieren möchten.

Marija Wakounig, Wien

Arkadiusz Stempin: Das vergessene Generalgouvernement. Die Deutsche Besatzungspolitik in Kongresspolen 1914–1918, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2020, 553 S., ISBN: 978-3-506-78552-7.

Nehmen sich Historiker eines Themas an, das nur selten oder lange nicht Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung war, verwenden sie oder ihre Verlage im Buchtitel gern das Adjektiv „vergessen“. Dies ist auch beim hier angezeigten Buch der Fall, gewidmet der deutschen Besatzungspolitik im „vergessenen Generalgouvernement“ Warschau im Ersten Weltkrieg. Es ist indes der Verfasser Arkadiusz Stempin selbst, der in seinem einleitenden konzisen Forschungsüberblick zeigt, dass dieser zweideutige Titelbefund so nie zutreffend war: Weder handelte es sich um ein im Untersuchungszeitraum der Jahre 1914–1918 vergessenes Besatzungsgebiet, noch wurde es trotz einer sehr langen historiografischen Mängelliste von der Forschung gänzlich beiseitegeschoben. Lässt man aber die im Titel enthaltene Sug-

gestion, hier werde eine völlig unbekannte Problematik dem Orkus der Geschichte entrissen, beiseite, liest man die umfangreiche Studie mit einigem Gewinn.

Zunächst aber ist dem Verfasser, Inhaber des Konrad-Adenauer-Lehrstuhls an der nach Józef Tischner benannten Europäischen Hochschule Krakau, anzukreiden, dass er die Entstehungsgeschichte des Texts nicht offenlegt. Wie man aus verschiedenen Quellen entnehmen kann, handelt es sich um seine 2008 an der Universität Freiburg verteidigte Habilitationsschrift. 2013 erschien im Warschauer Neriton-Verlag sein Buch „Moralny podbój Polski przez Cesarstwo Niemieckie w latach I wojny światowej“ [Die moralische Eroberung Polens durch das Deutsche Kaiserreich im Ersten Weltkrieg], dem Augenschein nach die polnische Version der Habilitationsschrift.¹ Inwieweit es sich bei der hier besprochenen deutschsprachigen Ausgabe um eine überarbeitete Fassung der Qualifikationsarbeit oder gar um eine (Rück-)Übersetzung der erwähnten älteren polnischen Publikation handelt, erschließt sich dem Leser nicht. Dies wäre aber insofern wünschenswert, als neuere Forschungen, die nach 2008 und insbesondere im Umfeld der 100jährigen Jubiläen des Kriegeausbruchs- und Endes mit Bezug zum „vergessene Generalgouvernement“ erschienen, keine Berücksichtigung finden.² Dies ist zwar legitim, doch erscheint es bei einem älteren Text geboten, dem Leser gegenüber mit offenen Karten zu spielen.

Das Buch ist in neun Abschnitte gegliedert. Vorangestellt ist ein einleitendes Kapitel, in dem neben Forschungsstand und Quellenbasis auch die Fragestellung entwickelt wird. Vor dem Hintergrund, dass die polnischsprachige Forschung im deutschen Sprachraum wenig rezipiert wird, wäre es eine Überlegung wert gewesen, auf diese etwas weniger knapp einzugehen. Als Hauptanliegen formuliert Stempin, die „deutsche Besatzungspolitik im kulturellen, konfessionellen und bildungspolitischen Bereich im Generalgouvernement Warschau in der Form einer Synthese zu erfassen“ (S. 23). Der Fokus soll dabei auf Entscheiderfiguren wie Generalgouverneur von Beseler liegen, ohne dabei die Mikroebene aus den Augen zu verlieren. Stempin geht davon aus, dass im Deutschen Reich vor 1914 eine „Verknüpfung der bisher getrennt gedachten Bereiche von Kultur und Politik“ stattgefunden habe (S. 22). Im Krieg ging es deshalb nicht ausschließlich nur um militärische Ziele, sondern auch um eine „moralische Eroberung“ der eingenommenen Gebiete. Diese definiert er als „Praxis nichtmilitärischer Maßnahmen“, um die deutsche Herrschaft mit Hilfe des eigenen Überlegenheitsgefühls zu legitimieren und zugleich „den moralischen Widerstand der zu unterwerfenden Gruppe zu schwächen“ (S. 22). Ein solcher Zugang, der sich in großer Nähe zu den postcolonial studies und den Kulturwissenschaften bewegt, ist durchaus begrüßenswert, zumal verschiedenste Studien deren Instrumentarium für preußische, deutsche und polnische Themen fruchtbar angewendet haben. Allerdings findet sich dazu im Text keinerlei Hinweis, geschweige denn eine methodologische oder inhaltliche Auseinandersetzung damit.

Stempins Arbeit ist zu Beginn chronologisch aufgebaut. In den drei ersten Kapiteln rekonstruiert er in einem gut lesbaren Überblick Entstehung, Aufbau und Struktur der deut-

1 Vgl. hierzu die Rezension von Rafał Lysoń, in: *Dzieje Najnowsze* 46 (2014), 3, S. 254-265, sowie von Andrzej Kastory, in: *Rocznik Biblioteki Naukowej PAU i PAN w Krakowie*, S. 421-426.

2 Eine Ausnahme ist das im Literaturverzeichnis erwähnte Buch von Marta Polsakiewicz: *Deutsche Besatzungspolitik zwischen kultureller Autonomie und wirtschaftlicher Ausbeutung*, Marburg 2015. Verwiesen sei stellvertretend auf Autoren wie Robert Spät, Maciej Górny und Włodzimierz Borodziej, Jesse Curtis Kaufmann, Keya Thakur-Smolarek, Stephan Lehnstaedt und Jochen Böhrer.

schen Zivilverwaltung in Kongresspolen bis zur Einrichtung des Generalgouvernements Warschau. Dabei bettet er die Perspektive der besetzten Bevölkerung und ihrer politischen Akteure mit ein und zeigt die strukturellen Ursprünge der deutschen „Kulturpolitik“ in Kongresspolen auf. Deutlich herausgearbeitet werden die unterschiedlichen Interessenslagen und polenpolitischen Ansätze der verschiedenen Akteure, etwa der Dualismus zwischen Militär und ziviler Verwaltung. So schwankte die Reichsleitung, nachdem sie Polen nicht mehr als Faustpfand für einen Separatfrieden mit Russland betrachtete, zwischen dem Konzept der Eingliederung Kongresspolens nach Österreich-Ungarn und der Einrichtung eines polnischen Pufferstaats.

Die folgenden sechs Kapitel bilden Studien zu Teilbereichen deutscher Kulturpolitik: der wiedereröffneten und bald erneut geschlossenen Warschauer Universität, dem kulturpolitischen Umfeld der Novemberdeklaration, der Schul- und Kirchenpolitik sowie der Nationalitätenpolitik gegenüber Deutschen und Juden. Anhand der Universität und Schulen wird im Detail nachgewiesen, wie „Kulturpolitik“ dem politischen und administrativen Zugriff der Besatzer auf das eroberte Gebiet diene. Dabei ging es nicht nur um deren Kontrolle, sondern auch Modernisierung. Nach Stempins Einschätzung gelang es Beseler und seinem provisorischen Verwaltungsapparat, das Territorium administrativ stärker zu durchdringen, als das bei den zarischen Behörden je der Fall war.

Sehr instruktiv sind die beiden Kapitel über die Politik gegenüber der evangelisch-augsburgischen und katholischen Kirche. Im ersten Fall ging es vor allem um den Umgang mit der meist protestantischen deutschen Minderheit. Stempin zeigt, dass für die Besatzer die Lutheraner deshalb als natürlicher Bündnispartner erschienen, obwohl die Polonisierung von deren Kirchenstruktur in den Vorkriegsjahren stark vorangeschritten war. Die Besatzer, die ja auf dem Weg zur Errichtung eines polnischen Satellitenstaates auch Zugeständnisse an die polnische Seite machen mussten, fanden sich hier zwischen den Konfliktparteien und schafften es nicht einen Kompromiss auszuarbeiten. Auch im Falle der katholischen Kirche war Beseler um einen Ausgleich bemüht. Anhand der Konfessionspolitik wird deutlich, dass mit ihrer Entscheidung für eine polnische Staatlichkeit die Deutschen ihre nationalitätenpolitische Neutralität recht bald zugunsten der Polen aufgaben. Zugleich misslang es ihnen aber, bei der polnischen Bevölkerung dauerhafte Sympathien zu erzeugen, weil sie ihr kolonial geprägtes Überlegenheitsdenken nicht aufgeben mochten und das besetzte Land wirtschaftlich rücksichtsvoll ausbeuteten.

Im letzten Kapitel widmet der Verfasser sich der Politik gegenüber den Juden, die von den Deutschen nicht als Ethnie, sondern Konfessionsgemeinschaft behandelt wurden. Zunächst führte die Besatzungspolitik zu einem Aufblühen des jüdischen Kulturlebens, Vereinswesens und zu einer innerjüdischen politischen Ausdifferenzierung. Stempin beschreibt das Engagement deutscher-jüdischer Akteure im Bemühen um eine Autonomielösung für die Juden. Mit der Entscheidung der Besatzer für einen polnischen Staat und der damit einhergehenden Favorisierung der Polen wurden viele Politikfelder, etwa die erwähnte Schulpolitik, indes zu einem polnisch-jüdischen Konfliktfeld. Indem sich Stempin vor allem auf zeitgenössische Quellen und Publizistik und die ältere Forschung beruft, nimmt er – anders als in den Kapiteln zu Protestanten und Katholiken – vor allem die Perspektive der Besatzer (denen er auf Schritt und Tritt langfristige Konsequenzen ihres Handelns vorwirft) und deutsch-jüdischer Akteure ein. Die jüdischen Handelnden vor Ort indes bleiben erstaunlich blass gezeichnet. Unter den Tisch fällt zudem, dass es sich bei den Juden um eine

Bevölkerungsgruppe handelte, die alle polnischen Teilungsgebiete bewohnte und sehr unterschiedliche Loyalitäten hatte. Dementsprechend lohnenswert wäre es gewesen, auch mit Hilfe der an dieser Stelle vom Autor merkwürdigerweise ignorierten, zur Entstehungszeit der Habilitation bereits geleisteten Forschungen etwa von Konrad Zieliński, Marcos Silber und anderen ein komplexeres Bild zu zeichnen.

Als Fehlinterpretation zu werten ist indes Stempins Alleinschuldthese hinsichtlich der Verantwortung der deutschen Besatzungsbehörden für die antisemitische Gewaltwelle in Polen im Herbst 1918. Zwar hat deutsche Politik die Divergenzen zwischen Polen und Juden nicht abgebaut – doch hätte es sie mit einem kompetenteren Vorgehen tatsächlich erreichen können „den polnisch-jüdischen Knoten“ (S. 494) zu durchschlagen? Die Gewalt gegen Juden im Herbst 1918 hatte verschiedene Quellen und Gründe, die deutsche Politik seit 1914 als maßgeblichen Brandbeschleuniger darzustellen, geht dabei eindeutig zu weit. Es handelte sich zudem keineswegs um „katholische Pogrome“ (S. 494), auch wenn der größte Teil der Täter eben diesem Bekenntnis angehörte. Ihre Beweggründe, zu Gewalt gegen Juden zu greifen, waren aber weniger in der Religion, denn in einer antisemitischen Weltsicht, einem überzogenen Nationalismus und ideologischen Antibolschewismus zu suchen. Auch Habgier, die Lust an Gewaltausübung, Konkurrenzdenken und die Gewalterfahrung von vier Jahren Krieg konnten im Machtvakuum der Nachkriegszeit die Gewalt gegen Juden befördern.

Hier wie für das gesamte Buch wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Autor seine Ergebnisse mit Erkenntnissen zu den anderen Besatzungsgebieten konfrontiert hätte. Womöglich wären auf diese Weise sich wiederholende Muster und Strukturen der Besatzungsherrschaft in Polen im Ersten Weltkrieg stärker hervorgetreten, aber auch personelle und diskursive Verflechtungen zwischen den Regionen. Einer besseren Orientierung des Lesers zuträglich gewesen wären Zwischenfazit am Ende der von einer großen Detailfülle lebenden Kapitel. Auch dem stark ausgebauten Anmerkungsapparat hätte eine Beschränkung auf Literaturangaben und Verweise gutgetan, da die dort untergebrachten Erläuterungen, ergänzenden Fakten und Zitate den Lesefluss unterbrechen.

Trotz aller kritischen Einwände ist Arkadiusz Stempin ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der deutschen Polenpolitik im Ersten Weltkrieg gelungen, an den weitere Forschungen mit Gewinn anknüpfen können.

Christhardt Henschel, Warschau